

Er scheint täglich außer Montag. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Mehr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. 50 Pf. Monat. Einget. in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1894 unter Nr. 6018.

Vorwärts

Intention-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Beilage oder deren Raum 40 Pf., für Berlin- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Intenat für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Leitender Redakteur: Amt I. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 25. Januar 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Lotterie.

Unter den kleinen Steuervorlagen, mit welchen sich der Reichstag nächstens in zweiter Lesung zu beschäftigen haben wird und die einen Teil der Stempelsteuer-Vorlage bilden, befindet sich auch eine, welche die Erhöhung des Lotteriestempels bezweckt, die eine Mehreinnahme von 5 432 000 M. einbringen soll. Ein Lotteriestempel kann natürlich nur erhoben werden, wenn das Lotteriespiel gestattet wird, und da die Militärausgaben, welche durch den Ertrag des Lotteriestempels gedeckt werden sollen, dauernde sind, wenigstens so lange, als das kapitalistische System besteht, so sollen auch die Lotterien unter der Herrschaft dieses Systems nicht angetastet, im Gegenteil weiter ausgebaut werden. Sehen wir uns daher die Lotterien und ihre Wirksamkeit etwas näher an.

Sie erwecken in den Spielern die Hoffnung, mit einem Schlage mühelos, bloß durch Bezahlung eines kleinen Einsatzes, ein reicher Mann zu werden. Ohne diese Hoffnung, ohne die jetzt gedruckten großen Gewinnzahlen in den Weltausgaben und Spielplänen, Zahlen, welche in die Hunderttausende gehen, würden die Loose keine Abnehmer finden und die Lotterien von selbst einschlafen; aber die großen Gewinne, die sollen die Spieler herbeilocken, und erfüllen diese Aufgabe in der That. Nun ist von vornherein klar, daß die Anzahl der Gewinne im Verhältnis zur großen Looszahl nur sehr klein sein kann; denn die Gewinne werden ja nicht von dem Veranfallter der Lotterie bezahlt, welcher im Gegenteil an derselben verdienen will, sondern sie müssen durch die Beiträge der Spielenden, der Verkäufer, aufgebracht werden. Freilich wird es dem Gewinnenden in der heutigen egoistischen Welt in der Regel ganz gleich sein, auf wessen Kosten er gewinnt; durch die Betrachtung, daß ein Gewinn nur möglich ist, wenn ein anderer verliert, wird sich kaum jemand vom Spielen abhalten lassen. Wir wollen daher die Gewinnchancen selbst noch etwas näher betrachten.

Nehmen wir dazu zunächst einmal die preussische Staatslotterie. Hier kostet ein Loos, einschließlich der Stempelgebühr, gegenwärtig 168 M., ein Betrag, welcher in 4 Raten zu je 42 M. eingezahlt wird.

Nach jeder Einzahlung findet eine Ziehung statt; doch werden bei den ersten drei Ziehungen nur eine geringe Anzahl Loose gezogen 8000, 10 000 und 12 000, deren Inhabern dann gegen Nachzahlung der noch nicht geleisteten Einlage ein anderes Loos zur Verfügung gestellt wird. Deswegen werden Anfangs von den gesamten 190 000 Loosen nur 160 000 verkauft, während 30 000 zu diesem Erlöse zurückbehalten werden. Erst die vierte Ziehung ist die Hauptziehung, in welcher 65 000 Gewinne gezogen werden und in welcher die Hauptgewinne von 600 000 und 300 000 M. erscheinen, während in den ersten Ziehungen oder Klassen die größten Gewinne zu je 30 000,

45 000 und 60 000 M. angegeben sind. Wir haben also schließlich im Ganzen 95 000 Gewinne, d. h. die Hälfte aller Loose gewinnt, oder im Durchschnitt können zwei Spieler immer darauf rechnen, daß einer von ihnen zu den glücklichen Gewinnern gehört.

Betrachten wir nun aber die Gewinne etwas näher, so sehen wir, daß die große Mehrzahl, nämlich 89 657, den Betrag von 210 M. nicht überschreiten. Dieses sind gar keine Gewinne; denn von ihnen, wie von jedem Gewinn zieht die Verwaltung 15 1/2 pCt. für sich ab. Beiläufig bemerkt ist auch das ein nicht zu billigender Geschäftsknüff. Die Verwaltung sollte mindestens offen und ehrlich die Gewinne als so hoch anzeigen, wie sie thatsächlich sind, anstatt durch zu hohe Gewinnzahlen das Publikum anlocken, und dann von den nominellen Gewinnzügen Abzüge machen, zu welchen sie sich das Recht in den § 11 des Lotterienplanes vorbehalten hat; aber die wenigsten Käufer, am allerwenigsten die Frauen, lesen den ganzen Plan durch, sondern die meisten leben des Glaubens, die fett gedruckten Gewinnzahlen sind auch die wirklichen. Bringt man also den Abzug in Ansatz, so betragen die Gewinne statt 210 M. nur noch 176,80 M., so daß der thatsächliche Gewinn, da der Einsatz 168 M. war, nur noch 8,80 M. beträgt. Nun ist die Lotterie aber bei der großen Anzahl Loose auf die kleinen Leute angewiesen, welche 168 M. auch nicht in 4 Raten für ein Loos bezahlen können. Daher hat die Verwaltung die Loose getheilt und verkauft Halbe-, Viertel- und Zehntel-Loose. Bei den letzteren ist der Gewinn, wie man sieht, bereits auf 88 Pf. zusammengeschrumpft. Aber auch der Preis für ein Zehntel-Los, 16,80 M., kann von der Masse der Bevölkerung nicht aufgebracht werden, und deshalb ist eine weitere Theilung der Loose bis Vierzigstel und selbst Achtzigstel nötig. Hierbei verwandelt sich nun der kleine Gewinn von 0,88 M. in direkten Verlust. Denn der Lotterieverwaltung macht es zu viele Umstände, solche kleinen Loosanteile zu verkaufen; des Handels mit diesen hat sich daher die private Spekulation bemächtigt. Der Loosändler also kauft Loose von der Verwaltung zu dem festgelegten Preis von 168 M. pro Stück. Diese theilt er dann in kleine Theile und giebt die Antheile natürlich nur mit einem entsprechenden Aufschlage ab. Verdient er auch nur 0,50 M. an einem Vierzigstel-Los, so steigt der Preis des Looses bereits um 20 M., wodurch sich also der Gewinn von 8,80 M. in einen Verlust von 11,20 M. verwandelt.

Aber auch die weiteren Gewinne, 2939 bis zu 500 M. und 2875 bis zu 15 000, wovon die große Mehrzahl, nämlich 2290, 5000 M. nicht übersteigt, stellen in ihrer Theilung nicht solche Summen dar, daß sie eine besondere dauernde Verbesserung der materiellen Lage erwarten lassen und zum Spiele anreizen. Es bleiben somit nur noch 29 sogenannte große Gewinne, worunter einer zu 600 000 und 2 zu je 300 000 M., welche die Volksmassen zum Spiel verlocken

sollen. Und nun bedenke man, was das heißt, 29 Treffer unter 190 000 Loosen. Füllte man eine Schüssel mit 190 000 Reiskörnern, worunter man 29 gefärbte hat, welche Aussicht hätte man wohl, beim Ziehen mit verbundenen Augen gerade ein gefärbtes Korn zu treffen? Ein Esel würde man mit Recht genannt werden, wenn man für diese Aussicht gutes Geld weggäbe. Genau so dumm aber verfährt man, wenn man für preussische Lotterieloose sein gutes Geld hingiebt, und noch dümmer, wenn man sich zum Ankauf der Loose von Privatlotterien bereden läßt, denn bei diesen sind die Gewinnchancen noch viel schlechter, als bei den Staatslotterien.

Demnach haben die Lotterien nicht die Tendenz, Glück und Reichthum im Volke zu verbreiten, sondern umgekehrt, Hunderttausenden ihre sauer verdienten Groschen aus den Taschen zu locken.

Wenn nun die Schädlichkeit der Lotterien so klar zu Tage liegt, warum werden sie dann nicht beseitigt? Nun, diese Frage erledigt sich sehr einfach. Sie bringen Geld ein, und auf Geld kann der Fiskus nicht verzichten. Ist genug ist die Frage der Aufhebung der Lotterien angeregt worden, oft genug ist dieselbe von den Regierungen versprochen worden; aber sie bringen eben einige Millionen Mark, und daher hatte man immer nicht den ernstlichen Willen, sie zu beseitigen, bis man jetzt glücklich soweit ist, sie als dauernde und ewige Institutionen anzusehen.

Auch an diese Einrichtung zeigt sich so recht, wie die sittlichen Anschauungen der herrschenden Klassen sich allmählig wandeln und dem Beobachter eine mit den Jahren fortschreitende moralische Versumpfung aufdecken. Bei Einführung der Staatslotterie in Preußen, 1794, wollte man besonders dem noch schädlicheren Zahlenlotto Konkurrenz machen, welches letztere in Preußen 1810 aufgehoben wurde. Die Abschaffung behielt man aber stets im Auge, und noch im Jahre 1841 wurde in einer Kabinettsordre darauf hingewiesen, daß man die Lotterie-Einnahmen zwar noch nicht entbehren könne; aber man wolle wenigstens die ärmeren Klassen der Bevölkerung davor schützen, ihr Geld hierbei zu verlieren, und deshalb solle die Anzahl der Loose gering gehalten werden, — halb so groß, wie heute, — und die Einlage so hoch, daß sie dem Armen unerschwinglich seien. Freilich war das Selbsttäuschung, wenn nicht gar Heuchelei; denn auch 90 000 Loose konnten nur untergebracht werden, wenn sich die breiten Volksmassen an der Lotterie beteiligten, was eben durch weitgehende Theilung und gleichzeitige Vertheuerung der Loose erreicht wurde. Als dann die Abgeordneten energischer die Abschaffung aller Lotterien und die Erfüllung der dahin gerichteten Versprechungen verlangten und darauf hinwiesen, daß die Einnahmen aus denselben dem ganzen Stat gegenüber doch nur geringe seien, da ersand man das „legitime Spielbedürfnis“, zu dessen Befriedigung die Staatslotterie „nothwendig“ sei. Man wies darauf hin, daß die

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

[Alle Rechte vorbehalten.]

Helene.

[25]

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

„Ich hat um die Rechnung, haben Sie sie gebracht?“
„Aber das presirt wirklich nicht, und wenn es erst in einem Jahr gezahlt würde, Euer Gnaden sind uns gut.“

Es bedurfte einer weiteren Aufforderung, ehe Helene ihre Rechnung erhielt; aber als sie einen Blick darauf geworfen hatte, erblähte sie.

Sie dachte nicht mehr daran, eine neue Bestellung zu machen und half selbst dabei, die Stoffe in die Kartons zurückzuliegen.

Die Thür öffnete sich und ihr Mann trat herein.

Die Mamsell war läblich und Hartmann sah sie ziemlich genau an. Sie knigte und bemerkte bedauernd, daß sie alles einpacken müsse.

Der eine Stoff habe es der gnädigen Frau angethan, er kleide sie reizend, aber sie sei gar so bescheiden, und so geht alles wieder mit, wenn nicht vielleicht der gnädige Herr anderer Meinung sei.

„Lassen Sie die Sachen nur hier,“ sagte er und lächelte ihr zu; „ich sehe, Sie verstehen es vortrefflich, Ihre Waare verlockend zu machen.“ Sein Blick wurde noch dreister, dann wendete er sich mit vornehmer Nonchalance von ihr ab und setzte sich in das Fauteuil am Fenster.

„Was weiß diese Person von Deiner Bescheidenheit?“ fragte er seine Frau, nachdem die Mamsell das Zimmer verlassen hatte. „Ich hoffe, Du giebst da keine Erklärungen ab für Dein Annehmen oder Zurückweisen?“

Er war zu ihr getreten und langte wie zufällig nach der Rechnung, die auf dem Tische lag. „Was ist das?“

„Es ist die Rechnung — sie hat sie mitgebracht.“ Er lachte.

„Vergleichen läßt man mich gerne finden — sehen wir einmal — wirklich, sehr bescheiden,“ spöttelte er.

„Sie beläuft sich höher, als ich dachte,“ stammelte Helene unter Herzlopfen.

Langsam faltete er sie zusammen und steckte sie ein, ohne ein Wort zu sagen. Dieses stumme und vornehme Hinweggeben über etwas, das ihm offenbar unangenehm dünkte, hatte etwas ungemein Demüthigendes für Helene.

„Ich will mich künftighin einschränken,“ sagte sie leise.

Er sah sie starr an.

„Weshalb? Habe ich mich beklagt? Zahle ich nicht immer? Zahle ich nicht alles, alles und jedes?“

Sie nickte stumm.

„Das Vergnügen, eine schöne Frau zu haben, ist und bleibt einmal ein losspielliges,“ scherzte er und fügte dann eben so launig hinzu: „Ei, Du hast ja heute von einem Adorator Blumen bekommen?“

„Donner hat sie geschickt,“ sagte sie ruhig, „woher weißt Du das?“

Er machte ein schlaues Gesicht. „Man erfährt so etwas immer.“

Er konnte ihr nicht sagen, daß er in der Blumenhandlung mit Donner zusammengetroffen war, denn man gesteht doch nicht seiner Frau ein, daß man für eine Andere Blumen kauft.

Als sie ihn aber fest und prüfend ansah, zog er die Stirne kraus und sagte gereizt:

„Daß Du Dir von diesem Scheusal den Hof machen läßt, ist mir unbegreiflich.“

„Ich finde ihn unterhaltend und wenigstens wird niemand glauben, daß er mir gefallen könnte.“

„Auch er nicht?“

„Der Mann hat doch einen Spiegel.“

Erich schüttelte den Kopf.

„Bleibt die immer so naiv,“ dachte er, „oder heuchelt sie?“

„Dann sah er sich um. „Wo ist das Bouquet?“

„Ich — ich habe es nicht mehr.“

Er merkte, daß sie roth wurde.

„Was hast Du damit gemacht?“

Stammelnd bekannte sie die Wahrheit, worauf ihr Mann in ein lautes Lachen ausbrach.

„Du bist unbezahlbar, nein, so etwas kannst nur Du thun, das fällt nur Dir ein, aber ich finde es praktisch, mit den Blumen, die der eine Verehrer gesendet hat, dem anderen ein Präsent zu machen,“ und er lachte noch stärker.

„Konrad ist nicht mein Verehrer,“ sagte sie laut in aufglühendem Zorn.

„Er scheint es Dir nötig, dies zum Fenster hinaus zu rufen?“ fragte er höhnisch, absichtlich seine Stimme herab-dämpfend. „Dieser Konrad, wie Du ihn zu nennen beliebst, scheint Dich überhaupt sehr zu interessieren, aber ich finde diese Aufmerksamkeiten für einen Häftling nicht am Platz.“

Er war aufgestanden und ging mit starken Schritten in der Stube auf und nieder.

Er fühlte sich sehr unglücklich in diesem Augenblick. Er war in so guter Stimmung gewesen, er hatte sich vorgenommen, liebenswürdig zu sein, um sie für einen Wunsch zu gewinnen, den er bisher in übertriebenem Jartgefühl nicht laut werden ließ.

Mit einigen freundlichen Worten hatte er zu erreichen gehofft, was er erreichen wollte und nun hatte sie ihn doch wieder gereizt und ihm die Stimmung verdorben.

„Ach, Alles, was sie that, war so unglaublich einfältig, daß sein Keger nur zu berechtigt war.“

Aber er wollte ihn auch diesmal hinunter schlucken,

Leute, gefesselt am Spielen in Preußen oder Deutschland verhindert, nach Monaco gehen und dort in viel schimmernder Weise gerupft werden, als jetzt zu Hause. Auch dieser Einwand trifft nicht zu; denn vor dem Besuch der Spielbanken zu Monaco und anderwärts ist die breite Masse der Bevölkerung schon durch ihre ökonomische Lage bewahrt. Wenn aber reiche Nichtsther, die buchstäblich nicht wissen, was sie mit ihrer Zeit anfangen sollen, in Monaco ihr Geld verlieren und sich hernach, weil sie eine ordentliche Arbeit zu leisten nicht gelernt haben und nicht verstehen, eine Kugel durch den Kopf schießen, so tragen wir den Verlust dieser armen Opfer der entsetzlichen Macht des Kapitalismus jedenfalls sehr viel leichter, als die Verwüstung, welche durch unsere Lotterien in den weitesten Kreisen der Bevölkerung angerichtet wird. Die Spielbanken können naturgemäß nur einen viel kleineren Kreis von Leuten treffen, als unsere privaten und Staatslotterien, und deswegen trifft also der Einwand, daß dieselben die Bevölkerung vor jenen schädigenden Banken schützen müssen, in keiner Weise zu.

War man nun aber einmal so weit gekommen, die Lotterien als „einem vorhandenen Bedürfnis genügend“ anzuerkennen, sie für das „kleinere Uebel“ unter mehrere auszuwählen, so war nur noch ein Schritt dazu, das Spielbedürfnis für „legitim“, „berechtigt“, „notwendig“ zu erklären, und damit jeden sittlichen Makel von der Lotterie zu nehmen, sie nicht mehr als ein „Uebel“, sondern als eine „segensreiche Einrichtung“ zu preisen. Auch dieser Schritt wurde getan, und beispielsweise wurde mit der ausserordentlichen Begründung auch der ärmeren Bevölkerung die Teilnahme an dieser schönen Einrichtung zu ermöglichen, die Anzahl der Loose der preussischen Staatslotterie vor zwei Jahren verdoppelt.

Diese Mauferung der Ansichten unserer herrschenden Klassen über die Lotterien findet natürlich beredete Vertheidiger, so in dem Geheimen Ober-Finanzrath Marcinkowski, welcher die Leitung des preussischen Lotteriewesens, wie er sagt, mit einem Vorurtheil gegen die Lotterien übernommen, sich allmählig aber von ihrer Vortrefflichkeit und segensreichen Wirkung überzeugt habe.

Ist also von anderen Parteien nicht zu erwarten, daß sie sich der Bewegigung der Lotterien entgegensetzen, so werden unsere Abgeordneten dem Fortbestande der Lotterien in Deutschen Reich sicher einen energischen Protest entgegenstellen.

Die Bauern-Entlastung vor der französischen Kammer.

Paris, 21. Januar.

Die Herrschenden mögen machen, was sie wollen, sie werden den Sozialismus nicht mehr los. Er beherrscht wider ihren Willen und trotz aller Polizeigehege und Polizeiklauen die ganze Situation. Das hat die Dienstag-Kammer Sitzung, in der die Konversion der 4 1/2 prozentigen in eine 3 1/2 prozentige Rente zur Verhandlung gelangte, wieder aufs Neue bewiesen und zwar in einer ganz eklamantischen Weise. Es hatte da nicht viel gefehlt und das Ministerium Casimir Perier wäre ebenso sicher am Boden gelegen, als es wenige Wochen vorher von den Mägeln des Bailliant-Marchal'schen Stochtopfes befestigt worden war. Und das wurde durch einen ganz unbedeutend scheinenden Antrag bewirkt. Jaurès, der sozialistische Abgeordnete von Carmaux, beantragte nämlich, daß das Erträgnis der Rentenkonversion, das auf 67 Millionen geschätzt wird, zur Grundsteuer-Entlastung verwendet werde und zwar zu Gunsten jener Landwirthe, die ihre Grundstücke selber bearbeiten, also zu Gunsten jener zahlreichen kleinen Bauern, die sich für den Pflanz und den Acker abrackern und stets in der Gefahr leben, Haus und Hof zu verlieren, d. i. enteignet zu werden.

Man hätte glauben sollen, daß dieser Antrag nirgends auf Widerstand stößen würde, denn wo ist eine Partei, wo eine ministerielle Erklärung, wo ein Wahlprogramm auch nur eines Abgeordneten, zu dessen Wahlbezirk eine Landgemeinde zählt, die nicht alle faunt und sonder seit Jahren immer und immer wieder auf die Nothwendigkeit hingewiesen hätten, der Landbevölkerung, der „ländlichen Demokratie“ unter die Arme

*) Ueber die betreffende Kammer Sitzung haben wir schon berichtet; der Brief unseres Korrespondenten hat dadurch aber nicht an Interesse verloren. Red. d. „G.“

und als er jetzt wieder zu ihr trat, war sein Ton völlig verändert.

„Nun, wo sind die Stoffe? Ich möchte sie sehen und wenn Dir einer gefällt.“

Sie schüttelte den Kopf.

„Wie, Du willst schon wieder die Bekränzte spielen? Nicht einmal durch ein schimmerndes Kleid Dich verführen lassen?“

„Ich brauche es wirklich nicht.“

„Vielleicht doch — wenn wir den Ball des Ministers besuchen sollten.“

„Den Ball des Ministers?“

„So etwas behert doch alle Weiber.“ lächelte er triumphierend, während er den Arm um ihre Taille legte, „also wähle, gleich das schönste — ich will Dich schon haben — hörst Du — dieses Rosa, meine ich, müßte Dich vortrefflich kleiden.“

„Das war's auch.“ sagte sie fast verschämt.

„Schön, da befinden wir uns einmal in herrlicher Uebereinstimmung — bewilligt — so, und jetzt küsse mich.“

„Zu welchem Minister sind wir geladen?“ fragte sie.

„Er hatte auf die Frage gelauert.“

„Natürlich zu dem meines Ressorts, zu Minister Perrina.“

„Ihre Wangen färben sich dunkel.“

„Ist der Minister?“

„Wirstest Du das nicht? Es ist ja wahr, Du liest keine Zeitungen.“

zu greifen? Indem Jaurès namens der sozialistischen Fraktion verlangte, daß das Erträgnis der Rentenkonversion zur Steuerentlastung der Bauerngüter verwendet werde, hatte er ja im Grunde nichts anderes verlangt, als daß die den bäuerlichen Wählern wiederholt gemachten Versprechungen auch endlich einmal, wenigstens zum Theil, eingelöst werden. Das wollte aber der Regierung nicht, sie wollte, wie sie sagte, freie Hand haben und verlangte darum durch den Mund des Finanzministers Burdeau, daß die Kammer sich von keiner Seite binden lasse, zumal sie sich einer Regierung gegenüber befindet, von der sie wisse, wie sehr ihr die landwirthschaftlichen Interessen am Herzen liegen.“ Es kam aber dennoch anders, als die Regierung es nach dieser Erklärung vermuthete. Bevor jedoch zur Abstimmung geschritten wurde, verlangte ein Abgeordneter der Rechten die Theilnahme des Jaurès'ischen Antrags, wonach zunächst darüber abzukommen war, ob das Erträgnis der Konversion zur Entlastung der Grundsteuer zu verwenden sei, und sodann, ob diese Entlastung zu Gunsten der ihre Grundstücke selber bearbeitenden Landwirthe durchzuführen sei. Die Abstimmung ergab nun eine Majorität von 81 Stimmen für den ersten Theil des Antrages und eine solche von 92 Stimmen für den zweiten Theil. Das bedeutet eine ungewöhnliche Niederlage der Regierung; denn nach dieser Abstimmung konnte die Annahme des Gesamtantrages kaum mehr in Zweifel stehen. Da erhob sich aber zuerst der Finanzminister, um zu erklären, daß die Annahme des Jaurès'ischen Antrages eine Situation schaffen würde, für welche die Regierung kaum die Verantwortlichkeit übernehmen könnte; sodann der Ministerpräsident, um ganz direkt die Kabinetsfrage zu stellen. „Ihr werdet augenblicklich“ — sagte er — „das was wenigstens seiner langen Rede kurzer Sinn — das Gegenheil von dem votiren, was Ihr soeben votirt habt oder Ihr könnt Euch um eine andere Regierung umschauen und dann zusehen, ob Ihr bei ihr dieselbe Rechnung findet wie bei uns.“ Und da es ihnen vor allem um ihre eigene Rechnung zu thun war und sie in ihrer Angst an Stelle Perier's bereits Jaurès an der Spitze der Regierung und diese ganz in den Händen der sozialistischen Fraktion sahen, haben die Mannesherren denn auch gegen den Antrag gestimmt, dessen beide Hälften sie vor wenigen Minuten erst angenommen hatten. Damit war die Regierung aus der Patsche, denn sie hatte dadurch eine Majorität von 96 Stimmen erlangt und somit den materiellen Sieg über die sozialistische Fraktion errungen. Aber nur den materiellen Sieg, denn in moralischer Beziehung ist sie doch geschlagen worden, daß sie sich kaum je wieder ganz erholen dürfte. Noch ein solcher „Sieg“, und das Ministerium Casimir Perier ist gewesen. Das fühlen selbst die ministeriellen Blätter so sehr heraus, daß sie den „Sieg“ der Regierung tags darauf dadurch zu beschönigen suchten, daß sie die Abgeordneten, die ihn durch ihr händisches Vorgehen ermöglicht hatten, einfach wie grüne Jungen behandelten, die man keinen Augenblick sich selbst überlassen dürfte, da sie sonst leicht Dummheiten begehen, wie dies besonders der „Temps“ und die „Débats“ des Langes und Breiten auseinander setzten.

Im Lande selbst hat die Regierung durch ihren „Sieg“ über die sozialistische Fraktion nun gar vollends jedes moralische Ansehen verloren, und die Bauern werden nun in hellen Haufen ins sozialistische Lager strömen; denn selbst die Blinden unter ihnen müssen nun erkennen, daß alle Versprechungen seitens der herrschenden Parteien, ihre besondere Fürsorge dem kleinen Landmanne zuwenden zu wollen, nichts als eitle Fiktionen, nichts als politische Seelenlügen sind, und daß ihnen nur von einer Partei Hilfe werden kann, nur von der Partei der Unterdrückten, die zugleich die einzige Partei ist, die wirklich hält, was sie verspricht.

Es sollte sich aber jetzt auch nur einer von den Herren, die gegen den Jaurès'ischen Antrag gestimmt, in eine Bauerngemeinschaft hineinwagen, und er würde sicherlich hinaufgeprügelt werden!

Sollte denn aber den Sozialisten, nachdem sie bereits die Städte verfehrt, nun auch die Bauernschaft überlassen werden? Das dürfte nicht geschehen. Wie aber dieser Gefahr vorbeugen? Doch seit der Dienstag-Sitzung eine drohende Gewitterwolke, das haben Regierung und Kammermajorität nachträglich selber eingesehen. Sie haben sich darum auch den Kopf zerbrochen, wie sie ihren „Sieg“ wieder los werden könnten und sich schließlich zu einer Resolution geeinigt, die dahin geht, daß die Regierung zu ersuchen sei, dem Parlamente entweder im nächsten Budget oder in einem vor dem Budget niederzulegenden besonderen Gesetzentwurf eine Grundsteuer- oder irgend eine sonstige im Interesse der Landwirtschaft gelegene Entlastung zu unterbreiten. Wie verabredet, wurde denn auch dieser Beschlusantrag in der gestrigen Kammer Sitzung eingebracht und da die Regierung, die trotz war, ihren „Sieg“ vom Dienstag vergessen zu machen, ihre Zustimmung dazu gab, nach kurzer Debatte mit Einhelligkeit angenommen. Damit wurde jedoch erst recht bewiesen, daß die sozialistische Partei die eigentliche Siegerin in diesem Kampfe ist und daß die Kammer, wenn sie früher oder später eine Entlastung ihrer Lage finden, sie dies einzig und allein ihr zu

in Hinblick auf meine dienstliche Karriere nicht. Ich habe hier Rücksichten zu nehmen und Du mit mir. Oder sollten Dir meine Interessen völlig gleichgültig sein? Ich will es nicht glauben. Du siehst ja, wie langsam es vorwärts geht, — bis man sich da hinaufarbeitet. — Also wir gehen!“

„Wir gehen!“ sagte er in scharfer Betonung hinzu, daß es wie ein Befehl klang.

Sie nickte stumm und resignirt.

Er stieß leicht mit dem Fuß auf. Die Art ihrer Zustimmung hatte ihn nicht befriedigt. Er forderte freundliches Eingehen auf seine Wünsche, und glaubte dies zu verdienen.

Hatte er nicht jeden ihrer Wünsche bisher befriedigt? War er nicht soeben wieder freigegeben gewesen? Und womit lohnte sie ihm? Kalt und undankbar erschien sie ihm und der dumpfe Groll, den er gegen sie nährte, erhielt immer neue Nahrung.

XIV.

Sidonie hatte die einfach möblierte Junggesellenwohnung von Max Gebhart betreten und fand ihn im Winterrock am Fenster stehen, wo er das Thermometer studirte.

„Er kam ihr entgegen, um sie zu begrüßen, aber er sah erregt aus und ein heftiges Roth brannte auf seinen Wangen.“

„Ich sehe, Du bist zum Ausgehen bereit.“ sagte sie, ihm die Hand reichend, „aber die Luft ist abscheulich rauch, Du kannst nicht daran denken, hinauszugehen.“

„Ich will ausfahren, das wird mir doch erlaubt sein.“ entgegnete er mit nervöser Gereiztheit.

„Bitte, thut's nicht.“ sagte sie herzlich, „der Arzt hat Dich gewarnt.“

„Wenn ich dem glaubte, müßte ich längst begraben sein, so schlimm steht es noch nicht mit mir, nein, keineswegs.“ rief er noch aufgeregter; als er aber daraufhin zu husten begann, warf er den Oberrock ab und sah höchst unglücklich aus.

Aber er war so gewöhnt daran, seiner schwachen Gesundheit Opfer zu bringen, und nicht merken zu lassen, wie schwer sie ihm fielen, daß er alsbald den Ausdruck seines Gesichtes änderte, und als er seiner Schwägerin, die er gern hatte, gegenüberstand, gab er sich liebenswürdig und heiter.

Sie gestand ihm, daß sie mit der bestimmten Absicht hier-

denken haben werden und keineswegs der Regierung, die bloß gezwungenemahnen den ihr von den Sozialisten vorgeschlagenen Weg betritt. Und das werden, dessen kann man sicher sein, die Bauern nicht vergessen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 24. Januar.

Aus dem Reichstage. Heute war Schinerntag. Zur Verhandlung kamen die Anträge der Zentrums-Partei und freisinnigen Vereinigung über die eigetragenen Berufsvereine. Die großen Unternehmer, die Stumm, Möller und Henl wehrten sich in höchst eigener Person gegen diese kleine Sicherung der Arbeiterorganisationen. In treffender Weise vertraten Legien und Wollenbuh den Standpunkt der Partei. Die Vertreter des Zentrums und der freisinnigen Gruppen machten sich lediglich durch den vollständigen Mangel an Entschiedenheit bemerkbar, mit der sie „ihre“ Anträge vertraten. Die Reichsregierung schwieg.

Im Abgeordnetenhause wurde die Etatsdebatte zu Ende geführt. Es wurde fast ausschließlich über Angelegenheiten die zur Kompetenz des Reichs gehören, verhandelt, so über die Reichs-Steuerpläne, die Währungsfrage und dergleichen. Morgen sind wieder einmal Nothstandsdebatten, aber nicht über die Arbeitslosigkeit, sondern über das Glend der Großgrundbesitzer auf der Tagesordnung.

Für eine Reichs-Einkommensteuer erklärt sich selbst die Deutsche Partei in Württemberg. Auf ihrem am letzten Sonntag in Stuttgart abgehaltenen Parteitag lehnte sie im wesentlichen die vorgeschlagene Reichssteuer-Reform ab.

Sie billigte zwar die Börsensteuer, aber schon die Tabak-Fabriksteuer wollte sie nur unter der Voraussetzung gut heißen, daß eine Vertheuerung der billigen Fabrikate und eine Einschränkung der Produktion vermieden werde. Dagegen verwarf sie rundweg die Wein-, Quittings- und Stempelsteuern, während sie eine Reichs-Einkommensteuer in folgender Anregung besprach: „Das Gesamtvermögen des Volkes beträgt nach Schäßle 120 Milliarden Mark. Die Berechnungen des Reichstags-Abgeordneten Siegle haben ergeben, daß bei einer Besteuerung der Einkommen über 6000 M. zu je ein Prozent alle Kosten der Militärvorklage gedeckt werden könnten.“

In einem Bundesstaate ist eine einheitliche Reichs-Einkommensteuer nicht durchzuführen, so behauptete wiederholt Herr Miquel. Nun hat aber die Finanzkommission des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Nordamerika die Einbringung einer Einkommensteuer-Entwurfs beschlossen, nach dem eine zweiprozentige Steuer von den Einkommen über 4000 Dollars erhoben werden soll. Was sagt Herr Miquel dazu?

Die zwei Gezeichneten veröffentlichen in den Zeitungen die folgenden Erklärungen:

Der Abgeordnete Singer hat in der heutigen Sitzung des Reichstags behauptet, daß ich ein agent provocateur sei, 400 M. monatliches Gehalt in London bezogen hätte und den News and Messer geliefert habe. Diese Behauptungen sind ganz verächtliche Verleumdungen. Als diese Behauptungen im Jahre 1887 im Züricher „Sozialdemokrat“ zuerst erschienen, habe ich in verschiedenen öffentlichen Versammlungen zu London und in verschiedenen Zeitungen diese Behauptungen als Lügen gebrandmarkt. Ein Ausschuss des Londoner Anarchistenklubs „Autonomie“ untersuchte damals den Fall und diese Kommission fand, daß die Ankläger keinen Beweis für die gegen mich erhobenen Beschuldigungen zu erbringen vermochten. Ganz unvermittelt konstatirte dann der Abg. Singer, daß ich die Nachricht über das sogenannte Madieschenamen-Attentat zuerst in die Presse gebracht habe. Was der Abg. Singer mit dieser Bemerkung bezweckte, ist durchaus dunkel. Um aber zu verhindern, daß der Abg. Singer über diese Thatsache irgend eine neue Legende bilde, konstatirte ich, daß am 27. November Nachmittag ich brieflich aufgefordert wurde, mich in der Reichskanzlei einzufinden. Dort empfing ich eine schriftliche Mittheilung über das Eintreffen und die Deckung des mit Pulver angefüllten Kästchens, welche Mittheilung ich ohne jegliche Abänderung durch die Presse verbreiten ließ.

Theodor Reuß.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags hat mich der Abgeordnete Nebel als einen „agent provocateur“ bezeichnet und mich mit Personen zusammengestellt, mit denen ich niemals die geringste Gemeinschaft hatte. Indem ich

hergekommen sei, seine Unterstützung für eine große Sache zu gewinnen, die ihr gewaltig am Herzen liege. Und seines Interesses sicher, begann sie ihm die Nothwendigkeit der Gründung einer Frauenuniversität auseinander zu setzen. „Alle fortgeschrittenen Geister müssen sich dieser Sache annehmen und ihr fördernd zur Seite stehen. Deshalb bin ich zu Dir gekommen, Max.“

Dieser verbeugte sich lächelnd.

„Selbstverständlich wird man auch nicht vor Geldopfern zurückschrecken, die möglicherweise zu bringen wären.“ sagte sie mit ihrem gewinnendsten Lächeln hinzu.

„Aha!“

„Wir haben eine Petition eingebracht —“

„Sie ist abschlägig beschieden worden —“

„Wir werden sofort eine zweite in Szene setzen.“

„Sie wird keinen besseren Erfolg haben.“

„Wir wollen, wo es nur angeht, Bogen auflegen und Unterschriften sammeln, bis wir eine Massenfundgebung erreicht haben, die der Regierung wohl imponiren wird.“

„Welch' schöne Illusionen, sie werden sich nicht erfüllen.“

„Gut, dann werden wir eine Frauen-Universität aus eigenen Mitteln gründen.“

„Diese Gründung dürfte sich etwas hinausziehen.“

„Wir werden das Ziel um so früher erreichen, je werthtätiger und großmüthiger unsere Gönner und Wohlthäter sich erweisen. Der Reichthum ist groß und es werden heutzutage Summen ausgegeben — ihr Gesicht verzerrte sich leicht — „nein, Unsummen für das Niedrigste, für das Gemeinste — reden wir nicht davon — es gehört nicht hierher. Wir wissen sehr wohl, daß wir uns nur an die Edelsten und Besten wenden können. Du gehörst zu ihnen, Max, und Du bist reich; wir werden Dich auf unsere Liste oben an setzen und Du wirst und darfst nicht säumen, Dich mit einem namhaften Betrag zu betheiligen.“ Sie sah ihn mit einem fast zärtlichen Ausdruck fragend an. „Wie viel wirst Du zeichnen, Max?“

Er schüttelte den Kopf und hielt sich lachend mit beiden Händen die Taschen zu.

„Das nenne ich mit dem Revolver kommen, Sidonie!“

(Fortsetzung folgt.)

diese Verleumdung mit Verachtung zurückweise, erinnere ich daran, daß der Abg. Singer schon vor etwa sechs Jahren eine ähnliche Anklage gegen mich erhoben hat, ohne auch nur irgend eine Thatsache zur Begründung anzuführen zu können. Meine gesammte öffentliche Thätigkeit zeugt dafür, daß ich niemals aufgehört habe, alle jene tabulierten Beschuldigungen energisch und rücksichtslos zu bekämpfen, welche den Boden für das Lockspittelthum abgeben. Anarchisten und radikale Sozialdemokraten zählen stets zu meinen erbittertesten Gegnern, nie zu meinen Freunden oder Genossen. Das war auch der Grund, daß ich im Jahre 1887 von einem aus der Schweiz als agent provocateur ausgewiesenen Anarchisten dem Kriegsminister Soulanges als „Hauptagent“ des Fürsten Bismarck denunziert wurde. Und Anlaß zu der erneuten Verleumdung dürfte vielleicht der Umstand gewesen sein, daß ich mit dazu beigetragen habe, einem Menschen das Handwerk zu legen, der sich unter falschen Vorwärtelungen in christlich-soziale und antisemitische Kreise einschlich, um Unbesonnene zu Uebertreibungen zu verführen.

Heinrich Oberminder.

Wir werden in der nächsten Nummer des Eingehendsten auf diese Erklärungen zurückkommen. Wir sind überzeugt, daß dann den beiden Biedermännern jede Lust an weiteren Verichtigungen vergehen wird.

„Der Anarchismus ist eine Weltanschauung“, sagte Singer gestern im Reichstag, wie das schon früher dort gesagt worden. Daraus schließt nun ein Blatt, wor Sozialdemokraten betrachten die Bomben- und Kochtopf-Verferei als eine „Weltanschauung“. Das ist ungefähr ebenso, als wenn man Robiling, der 1878 auf den damaligen Kaiser schob, für einen Anhänger der Fichteschen Philosophie erklären wollte, weil er seine That aus „national-patriotischen“ Motiven begangen hat, wie er seinem Gefängnis-Arzt erklärte. Wer Max Stirner kennt, wird nicht leugnen, daß der Anarchismus eine „Weltanschauung“ ist, so schwächlich dieselbe auch von den morphiumfüchtigen Epigonen vertreten sein mag.

Wie aus der Beichte des „Genossen“ Brandt erhellt, waren unter den Veranlassern der Versammlung des vorigen Donnerstag Leute, die ihrem eigenen Beständnis nach Polizeigeld bezogen, und die wußten, daß Polizeigenoten — wir halten uns hier an den von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ heute Abend veröffentlichten Bericht — erwarteten, die Versammlung werde zu einem blutigen Zusammenstoß führen. Und der Mann, der sich zu dieser Rolle bekannte, ist nicht ausgestoßen, sondern in einer öffentlichen Anarchistenversammlung nach dem Gesändnis noch als „Genosse“ bezeichnet worden. Wir überlassen es unseren Lesern, aus diesen Thatsachen die sich von selbst ergebenden Schlussfolgerungen zu ziehen; und fragen die wirklich ehrlichen Anarchisten, ob wir ihnen je schlimmere Vorwürfe gemacht haben, als in der Beichte des „Genossen“ Brandt enthalten sind?

Aus der bayerischen Kammer der Abgeordneten. Der Antrag des Abgeordneten Kaller, betr. die Abstellung des Duells, wurde mit den Stimmen desentrums, der Sozialdemokraten und der Mitglieder des Bauernbundes gegen die der Liberalen angenommen. Der Kriegsminister Freiherr v. Mich hatte vorher erklärt, wenn ein Landwehr-Begleitkommando die Befassung eines Offiziersaspiranten in der Liste von der vorgängigen Erklärung abhängig mache, daß der Betreffende sich gegebenen Falles duelliren würde, so geschehe dies nicht auf Grund einer bestehenden Vorschrift, sondern aus eigener Initiative.

Der braunschweigerische Landtag ist heute zusammengetreten. Die Einführung einer Einkommensteuer wurde angekündigt.

Sehr fessam. In einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Elberfeld diente als Hauptbeweis (es handelte sich um die fürchterliche Anklage, daß ein Frauenverein in Ronisdorf politische Zwecke verfolgt haben sollte) ein angeblicher Brief der Genossin Grimpe in Elberfeld. Von diesem Brief erklärte der Gerichtspräsident laut der Elberfelder „Neuen Presse“:

„Das Original des Briefes haben wir nicht, sondern nur eine Abschrift und wie dieselbe zur Kenntniz der Polizeiverwaltung gekommen, darüber geben die Akten keinen Aufschluß.“

Ein Aufschluß ist aber notwendig. Auf sehr einfache Art kann die Polizei nicht in den Besitz der Abschrift gekommen sein. In erster Linie hat die Postbehörde Veranlassung, den Ursprung dieser Abschrift festzustellen. Denn naturgemäß kann sich der Argwohn zunächst gegen die Post wenden. Also, wie kam die Polizei zu der Abschrift eines Privatbriefs, der weder von der Schreiberin noch von der Empfängerin Anderen mitgeteilt wurde?

Antisemitische Herrlichkeit. Der antisemitische Reichstags-Abgeordnete König hat Glierschmerz — und will sein Mandat niederlegen. Der antisemitische Reichstags-Abgeordnete Bödel hat Welschmerz, und will sein Mandat niederlegen. Andere antisemitische Reichstags-Abgeordnete haben andere Schmerzen. So viel antisemitische Abgeordnete so viel Schmerzen. O Jerum, Jerum, Jerum!

Fraktionen im Bunde der Landwirthe. Herr Dr. Richard Gebel, Leutenant des Präsesiums in der Direktion des Bundes der Landwirthe schreibt uns:

„Die Nachricht, daß ich dem Vorstande des Bundes der Landwirthe meine Stellung angekündigt habe, ist unwahr. Ich habe überhaupt nicht gekündigt.“

Die Herren Direktor Händendorf, der Redakteur der Korrespondenz des Bundes der Landwirthe Dr. Albert Boverßen und der Redakteur der „Kreuz-Zeitung“ Horn haben sich zu unserer Notiz in der Nr. 18 des „Vorwärts“ vom 23. Januar d. J. nicht geäußert. Sie gestehen somit die Richtigkeit unserer Mittheilung zu. Somit bleiben auch die aus diesen Thatsachen von uns gezogenen Schlüsse bestehen.

Der österröichische Reichsrath tritt am 22. Februar zusammen. Am Eröffnungstage soll eine Wahlrechtsvorlage dem Parlamente seitens der Regierung zugehen.

Sozialistischer Sieg in Frankreich. In Calais, Nordfrankreich, fanden am vorigen Sonntag Erziehungswahlen für den Gemeinderath statt. Die ersten Wahlen hatten infolge opportunistischer Wahlfälschungen für ungültig erklärt werden müssen, obgleich diese Fälschungen nicht verhindert hatten, daß unseren Genossen die Mehrheit zufiel. Calais gehört bekanntlich zu den Städten, deren Verwaltung in den Händen der Sozialisten ist, und seit Jahren verbreitet die Bourgeoispreffe über die dortigen Verhältnisse Woche

für Woche die haarsträubendsten Lügen, die zum großen Theil ja auch von der deutschen Lügenpreffe-Gesellschaft mit Behagen verbreitet worden sind. So erlangten die Neuwahlen in Calais eine verdoppelte Bedeutung. Hatten die Lügen gewirkt? Der erste Versuch war nicht sehr ermunternd gewesen. Aber vielleicht ging's jetzt besser. Das Resultat zerstückelte alle Hoffnungen. Die Liste unserer Genossen ging glatt mit einer Zweidrittel-Mehrheit (etwa 1200 gegen 800) durch. Bravo!

Die Intoleranz gegen Neelus scheint Theil eines gegen die Existenz der Universität Brüssel gerichteten Plans zu sein. Brüssel ist eine sogenannte freie Universität, die nicht unter geistlicher Censur steht, und darum den Pfaffen ein Dorn im Auge. Wir sagten schon vorige Woche, durch die jüngsten Vorgänge sei der Bestand der Universität bedroht. Jetzt erfahren wir, daß die belgische Regierung, die bekanntlich in den Händen des katholischen Klerus ist, den Plan gefaßt hat, wenn die Proteste gegen die Maßregelung Elisée Neelus nicht aufhören, die Universität zu schließen. Sie werden aber nicht aufhören. Im Gegentheil, die Protestbewegung wird von Tag zu Tag stärker und allgemeiner. Fast die gesammte Studentenschaft und wissenschaftliche Welt Belgiens steht auf Seiten der Protestler, und da auch die liberale Partei zum großen Theil sich der Bewegung anschließt, so wird die Regierung ihren Plan nicht so leicht durchsetzen, und könnte sogar in diesem Konflikt zu Fall kommen.

Jeder Esel kann mit dem Belagerungszustand regieren, an dieses Wort Capour's, das wir dem Fürsten Bismarck in der glorreichen Sozialistengesetz-Acta wiederholt zuriefen, erinnerten wir neulich Capour's degenerierten (entarteten) Nachfolger, den Herrn Crispi. Herr Crispi scheint auch wirklich noch ein wenig Schamgefühl zu besitzen. Er will keine Feigen für seine Geleli haben und hat die Ferien der Kammer, die morgen zusammenkommen sollte, um einen Monat verlängert. Also erst Ende des nächsten Monats hat er Rede zu stehen. So lange kann er lügen und standbrecheln und Eisenbarikuren machen nach Herzenslust. Und reicht die Zeit nicht aus — nun, so kann die Frist ja noch um einen Monat verlängert werden. Caprivi ist Diktator — er hat die Kammer nicht gefragt — das Gesetz ist in die Ecke geworfen, die Gewalt herrscht und wenn die Flinten der Soldaten nicht die vorchristmässigen „Wander thun“, dann kann König Umberto mit sammt seiner Familie und seinem Hofstaat, und mit sammt seinem Todengräber Crispi einpacken. Vielleicht kommt dieser früh genug ins Exil, um seinem „Freunde“ in Friedrichruh noch die Hand drücken zu können.

Der Notenumlauf der italienischen Banken ist auf Grund eines Regierungserlasses um 125 Millionen gesteigert worden. Auch ein Zeichen der ungesunden Finanzlage. Bei dem sinkenden Vertrauen der Bevölkerung in die italienischen Bankinstitute dürfte der Notenumlauf bald beträchtlich weiter sinken.

Der schwedische Reichstag ist mit einer Ehrenrede eröffnet worden, aus der wir folgende auf die Arbeiterversicherung bezügliche Stellen hervorheben:

Die neue Arbeiterversicherungs-Kommission legte im März des vergangenen Jahres ihre Vorschläge zur Pensionierung der Arbeiter ein. Ich habe Gutachten über dieselben von den betreffenden Behörden erstatten lassen, auch beschlossen, daß Fabrik- und Handwerker, sowie Arbeitervereine und anderen solchen Gelegenheiten gegeben werde, sich über den Vorschlag zu äußern. Das sehr reichhaltige Material zur Beleuchtung der Frage, in dessen Besitz wir so gelangen müssen, dürfte freilich eine längere Zeit zur Bearbeitung bedürfen, als ich gewünscht hatte. Aber ich hoffe doch lebhaft, daß eine Vorlage über den Gegenstand schon an den nächsten Reichstag gelangen könne.

Demnach dürfte auch in Schweden die Sozialreform im Schnelldritte vor sich gehen. Wenn es sich um Vereicherung der Reichen handelt, da arbeitet der parlamentarische und Regierungssapparat wie geschmiert.

Aus Serbien wird berichtet, daß sich muthige Männer gefunden haben, die gegen den offenkundigen Willen des serbischen Volkes dasselbe regieren wollen. Die Skuptschina, das serbische Parlament, wird bis zum November vertagt, die Willkürherrschaft beginnt. Sie dürfte nicht von langer Dauer sein.

Eine gute Darstellung der Situation in Serbien und des Helden des neuesten Staatsstreiches, des dicken Milan, entnehmen wir der „Weser-Zeitung“.

Der Graf v. Zalkowa ist ein luxurioser Esel. In den Pariser Gärten, in den Modedebatten, in der Wiener Hauptstadt, überall weiß man, daß er Wein, Weiber und Würfel liebt. Er ist öfter in Geldnöthen gerathen, und dann war er gern bereit, politische Lausgeschäfte zu machen. Er nahm eine Million und dankte ab. Früher nämlich war der Graf v. Zalkowa unter dem Namen eines Königs Milan von Serbien bekannt. Er nahm wieder eine Million und verpflichtete sich, niemals nach Serbien zurückzukehren. Das gab er den Regenten und der Volkvertretung schriftlich. Er ist ein braver Mann, der sogar recht erregt werden und mit Projessen drohen konnte, wenn man ihn mit einer lebenswürdigen Dame in Beziehungen brachte. Denn heute legt der Graf v. Zalkowa großes Gewicht darauf, als ein vornehmer Ehemann zu gelten, da er sich mit seiner Gemahlin Natalie, deren Millionen auch heute für ihn noch nicht allen Reiz verloren haben, wieder ausgeföhnt hat. Jetzt ist Milan, dessen Weibel erneuter Fällung bedürfen muß, plötzlich nach Belgrad zurückgekehrt, und die Krisis ist da. Er ist gewohnt zu spielen, und so ruft er denn in gewohnter Weise auch seinem Volke zu: Va banque!

Man muß es lesen, um es zu glauben, was derselbe Milan dierin geschrieben hat. Man erinnere sich, daß er am 6. März 1889 plötzlich die Krone niederlegte, daß er sich selbsthändig von seinem Weibel getrennt hatte, um sich am 13. Januar 1890 wieder mit ihr zu vereinen; mit Natalie Kessalo, die am 19. Mai 1891 mit Gewalt aus Belgrad entsetzt worden war. Ueberall war man nur einer Meinung über die Nothwendigkeit, diese Lustergatten von Belgrad fern zu halten, wenn Ruhe und Ordnung im Lande herrschen sollten. Da wurde am 13. März 1892 in der Skuptschina ein Gesetzentwurf vorgelegt, in dessen erstem Artikel die Volkvertretung von einer Erklärung des früheren Königs Milan Kenntnis nehmen sollte. In dieser Erklärung vom 30. September 1892, die von Milan unterzeichnet ist, heißt es, er bringe das größte und letzte Opfer.

Dieses Opfer besteht darin, daß ich Ihnen, königliche Regenten, hiermit feierlich erkläre, daß ich mit gegenwärtigen Akte, der für mich verbindliche Kraft hat, freiwillig und für immer der Mitgliedschaft des serbischen Königshauses, sowie allen Rechten und Pflichten entlasse, die mit dieser Mitgliedschaft nach der Verfassung und dem Landesgesetze verknüpft sind. . . . Ebenso entlasse ich allen Anspächen, welcher Art immer, sei es bezüglich des serbischen Staates, sei es bezüglich des serbischen Königshauses. Nebst dieser Erklärung, be-

treffend die Resignation auf meine Rechte beehre ich mich, Sie noch von meiner ferneren rechtsverbindlichen Entschliebung zu benachrichtigen, kraft welcher ich auch der serbischen Staatsbürgerhaft entlasse, sowie allen Rechten, die dieselbe gewährt, und zwar derart, daß ich für immer außerhalb Serbiens leben und niemals nach Serbien kommen werde.“

Der Minister des Innern sagte bei der Befürwortung des Gesetzes: „Serbien begräbt heute Milan's Regiment. Befestigen wir den Grabstein gut und dauerhaft, damit es Milan Obrenowitsch für alle Zeiten unendlich wird, seine politische Auferstehung zu feiern.“ Das Gesetz wurde auch mit 90 gegen 13 Stimmen genehmigt. Der Graf v. Zalkowa erhielt zugleich ein schönes Etich Geld. Und jetzt, da noch nicht zwei Jahre vergangen sind, ist er wieder in Belgrad und macht Proklamationen und macht sich die Regierung an und bereitet einen Staatsstreich vor, dessen Folgen von unabsehbarer Wirkung sein können.

Der Staatsstreich ist überhaupt in Serbien neuerdings eine öffentliche Einrichtung. Man erinnert sich, daß am 13. April 1893 der junge Alexander plötzlich seine Regenten und Vormänner nach einem äppigen Festmahle verhaften und einsperren ließ und sich selbst für volljährig erklärte und die Fägel der Regierung in die Hand nahm. Der junge Mann, der noch nicht achtzehn Jahre alt war, bewährte sich als Schauspieler. Jetzt erklärt er, daß er sich in der verwirren Lage nicht zurecht finde und daher seinen Vater habe kommen lassen. Ein vortrefflicher Mentor, dieser Graf v. Zalkowa, der in den Klubs der Pariser Boulevards jedenfalls besser zu Hause ist als in der höheren Politik. Unwillkürlich fragt man, wie diese Dinge enden sollen. Serbien steht am Rande des Bankrotts, die Finanzen des Landes sind total zertrümmert, die Beamten haben seit Monaten keinen Sold, eine gewissenlose Mißwirtschaft ist getrieben worden, die nur der ebenso gewissenlose Eigennutz beschönigen konnte. Aber die serbische Bevölkerung ist nicht gewohnt, sich diktatorisch behandeln zu lassen. Sie hat immer die Neigung, zur Waffe zu greifen. Das Haus Obrenowitsch ruht nur noch auf den zwei Augen des heutigen Königs. Hinter ihm wartet schon die Familie Starogewitsch, um die Erbschaft zu übernehmen. Die Dynastie hat es mit allen Parteien gründlich verdorben. Sie hat sich heillos kompromittirt. Die Serben aber, die nicht einmal vor einer Frau zurückschrecken, sondern sie gewaltfam zum Lande hinausjagten, die werden auch vor einem Kinde nicht zurückschrecken, das sich selbst zum Mann erklärte. Man spielt im Konal von Belgrad heute ein gewagtes Spiel, bei dem wenig zu gewinnen aber alles zu verlieren ist. Und wer die Geschichte Serbiens kennt, der wird heute nicht ohne Sorge für die Zukunft an das Wort denken: „Wer alles sieht, hat sicher zu viel geseht.“

Eine Frau Bürgermeister — wohlgemerkt, nicht eine Frau Bürgermeisterin, deren es ja sehr viele in der Welt giebt — hat, wie wir einem aus Australien uns zugefandten Blatt entnehmen, die Stadt On e h u n g a, in der Kolonie Victoria bei den Antipoden, Frau D a t e s, die ihren Gegner, einen Tuchhändler bei der Wahl schlug, ist bis jetzt der einzige weibliche Bürgermeister in der Welt. Und sie nennt sich mit Stolz Lady Mayor — nicht Lady Mayor e s t, d. h. nicht Frau Bürgermeisterin, was sie f r ü h e r war, wenigstens für die Welt, als ihr Mann einmal Bürgermeister war. Die Frau will Meister sein, nicht Frau Meisterin.

Parlamentarisches.

In der Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion vom Mittwoch Abend wurde beschlossen, an Stelle des aus der Petitionskommission ausscheidenden Schmidt (Burgstädt) den Abg. Schmidt (Frankfurt a. M.) zu delegiren.

Die VI. Kommission des Reichstags beschäftigte sich heute mit dem zwischen der Schweiz und Deutschland getroffenen Uebereinkommen über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenrecht. In der Schweiz giebt es keinen Patentschutz für Erfindungen, die nicht durch Modelle darstellbar sind, so daß die Erfindungen auf chemischem Gebiete schutzlos sind. Aus diesem Grunde beantragte Abg. Buddeberg (Freis. Vg.), welcher über das Uebereinkommen referirte, die Ablehnung desselben, falls die Regierung nicht nachweisen kann, daß durch die Annahme überwiegender Vortheile entstehen. Die Regierungskommissare führten darauf aus, daß die chemische Industrie nach Annahme des Vertrages in bezug auf Erfindungen nicht schlechter gestellt sei wie früher, daß sie aber von dem Firmen- und Markenrecht profitirt. In der Schweiz würden jährlich von etwa 500 Deutschen Patente nachgeschickt, in Deutschland aber nur von etwa 80 Schweizern. Abg. Buddeberg beantragte, im § 1 die Worte „von Erfindungen“ zu streichen, um dadurch die Ablehnung des Vertrags herbeizuführen, weil er darin die einzige Möglichkeit sieht, die ungleichen Zustände zu ändern. Nach längerer Debatte wurde dieser Antrag indessen zurückgezogen. Nach Durchberathung der einzelnen Paragraphen beantragte Abg. Hanmacher (natl.) eine Resolution, nach welcher dem Uebereinkommen zwar die Genehmigung erteilt, zugleich aber ausgesprochen werden soll, daß der unlautere Wettbewerb der Baseler Farbensabriken, welche die deutschen Erfindungen ungehindert ausnützen, aufhöre. Ferner solle der Reichstagsler erucht werden, sachliche Verhandlungen zur Beseitigung dieser unlauteren Konkurrenz anzuknüpfen. Abgeordneter Freiherr v. Stumm beantragte, das Wort „unlautere“ zu streichen; unsere Vorfahren hätten in den 40er und 50er Jahren England gegenüber in der Eisen- und Textilindustrie die gleichen, ja noch bedenklichere Mittel angewandt. Herr v. Stumm muß als Eisenindustrieller ja wissen, mit welch bedeutlichen Mitteln sein Verdüngen zusammengelommen ist. Abg. Schmidt-Elberfeld (fr. Vp.) nahm Veranlassung, unsere Vorfahren“ gegen die allgemein gehaltene Beschuldigung des Abg. v. Stumm in Schutz zu nehmen. Wenn die deutschen Industriellen sich haben englische Arbeiter kommen lassen und diese für Einführung der Industrie bezahlt haben, so sei das keine unlautere Konkurrenz. Nachdem die Regierungskommissare auf das Bedenkliche einer solchen Resolution hingewiesen hatten, daß man namentlich die Schweizer dadurch verletzen könne, wurde diese zurückgezogen, doch sollen die in der Resolution enthaltenen Besonderen in dem schriftlich zu erstattenden Bericht zum Ausdruck kommen. Das Uebereinkommen selbst wurde mit allen gegen die Stimme des Abg. Buddeberg genehmigt. Zum Berichterstatter wurde der Abg. Paasche (natl.) bestimmt.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.) Cmladinaprozess. Prag, 24. Januar. In der heutigen Verhandlung wurde das Protokoll verlesen, welches mit dem inzwischen ermordeten Mrva seitens der Polizei aufgenommen wurde. Zum Schluß des Protokolls sagte Mrva aus, daß er sich wegen seiner Aussagen Feinde gemacht habe und befürchte, daß man ihm nach dem Leben trachte. Morgens Vormittag wird der letzte Angeklagte, Redakteur Hain, verhört.

Paris, 24. Jan. Der Justizpolizei-Gerichtshof verurtheilte den Anarchisten Mörigeau, in dessen Wohnung Sprengstoffe vorgefunden wurden, zu 8 Jahren Gefängnis.

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 25. Januar. Opernhaus. Cavalleria rusticana (Bauerlehre). Schauspielhaus. Ein Sommernachtstraum. Fassung-Theater. Madame Sans-Gêne. Deutsches Theater. Der Talisman. Berliner Theater. Aus eigenem Recht. Wallner-Theater. Geschlossen. Friedrich-Wilhelmstäd. Theater. Der Dientenant zur See. Residenz-Theater. Der Mustergatte. Neues Theater. Flattersucht. Central-Theater. Ein toller Einfall. Berlin 1899. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Viktoria-Theater. Die Kinder des Kapitän Grant. Alexanderplatz - Theater. Die Grille. National-Theater. Charley's Tante. Vorher: Der Teufel in Berlin. American - Theater. Lumpen - Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin. Theater Unter den Linden. Salen Pipelberger. Nachher: Drama. Wintergarten. Spezialitäten - Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten - Vorstellung. Apollo - Theater. Spezialitäten - Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten - Vorstellung.

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 182.
Doppelvorstellung zu einfachen Preisen.
Novitäten! Novitäten!
Charley's Tante.
Große parodistische Posse mit Gesang und Tanz von Hugo Buisse.
Regie: Max Saml.
Musik von Adolph Wiedede.
Vorher:

Der Teufel in Berlin.
Große Posse mit Gesang und Tanz in 3 Akten von Eugen Praders.
Musik von A. Wiedede. Regie: Max Saml.
Kasseneröffnung 8 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachm. 3 Uhr. Volksvorstellung: Don Carlos.

American - Theater.
Dresdener-Straße 55.
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. Oskar Wagner.
Lumpensusanne, gen. "Die Gräfin", ein schon gepflanztes Mädchen.
Franziska Häser.
Die Bombe, Asterovermaltherin im Müllwinkel des "Sonnenaufgangs".
Josephine Delicissour.
Brunwald — mit beängstigter Vergangenheit.
Martin Bendix.
Täglich: Auftreten des besten Bauhredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
"Direktor Hippe"
von Martin Bendix.
Auftr. sämtl. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 7 1/2 Uhr, Sonntag 6 1/2 Uhr.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Ein toller Einfall.
Schwank in 4 Akten von Carl Laufs.
Hierauf zum Berlin 1893.
88. Male:
Heute in 2 Akten von L. Leipziger.
Anfang der Vorstellung 7 1/2, der Revue 9 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Etablissement Moritz-Platz.
Buggenhagen.
Täglich: Gr. Instrumentalkonzert.
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Spezial-Auschnitt von Vahnhöfer Lagerbier, hell und dunkel.
An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.
Die Befriedigung gegen die Person S. Heese. Ringstr. 12, nehme ich hiermit zurück.
14045
W. Fiedede.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson.
Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten - Vorstellung und Konzert.
Men! Men! Men!
Ein Stiergefecht in Cadix.
Große Ausstattungs-Parodie.
Pantomime mit Ballet, ausgef. von den spanischen Clowns Hermandos Beiso und sämtlichem Theater-Perfonal.
Sonntags 6 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage).
Heute Donnerstag
Zum **50. Male:**
Spree-Nixen.
In Vorher: Echt Berliner Blut.
Entree 15 Pf.
R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77-79.
Nest u. größt. Etablissement Berl.
Neues Programm.
Täglich von 6 Uhr ab bei freiem Entree.
National-Konzert D. Obenlander
in National-Tracht und Auftritten von Künstlern u. Spezialitäten
I. Ranges.
Mr. Kauning, Concertmaler.
Derselbe wird innerhalb 15 Minuten ein Oelgemälde malen, welches nach Schluss der Vorstellung verlost wird.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.

Concordia-Festsäle
C. Saeger,
64. Andreasstraße 64.
Heute, Donnerstag, 25. Januar:
Große Soirée der Norddeutsch. Sänger
Käserwähltes Programm.
Nachdem: Familien-Kränzchen.
Familien-Billets und Passpartouts haben Gültigkeit.
Anfang 8 Uhr.
65/12 C. Saeger.

Circus G. Schumann,
Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstrasse.
Donnerstag, den 25. Januar cr.,
Abends 7 1/2 Uhr:
Gr. anherordentl. Vorstellung.
Besonders hervorzuheben: Potpourry mit 6 Pforden, die 4 Sonnenstrahlen nach der bekannten Musik Ta-ra-laboom-de-ay dressiert. Original-Dressur des Herrn Max Schumann. Miss Margerithe, Reitschülerin. Auftreten der berühmten Klowns Paul u. William. Lust-Potpourry der Geschwister Lecusson. Das Schulpferd "Aldion", geritten von Herrn Adolf Schumann. Entrée comique des beliebten Klowns Little Fred. Promenade des fleurs, ger. von Fris. Lecusson. Original-Klown William Olshansky mit seinen dreifürten Matten und Stäben etc.
Zum Schluss der Vorstellung:

Die Fuchsjagd bei Bolton.
Genre-Bild in 2 Aktheilungen, Theilnehmer der Jagd 24 Damen u. Herren.
Lang-Einlage: La Postillone-Manurka, arrangirt vom Balletmeister R. Riegel, gelangt vom Corps de ballet.
Morgen: Große Vorstellung.
Freitag, 26. Januar: Benefiz-Vorstellung für den beliebten Klown William Olshansky.
Hochachtungsvoll und ergebenst
G. Schumann, Direktor.

Unserem Restaurateur Wilhelm Spät zu seinem heutigen Wiedenfest die herzlichste Gratulation.
14025
Die Gefellen der Müller'schen Werkstatt.
Unserm Klubwirth und Pfaffenbruder Wilhelm Spät, gen. der schlesische Willelm, zu seinem heutigen Geburtstags-tage ein donnerndes Hoch! 493/8
Die W. Dr. d. Rauchklub Ohne Zwang. Die Märzweiden raus u. d. Palle gefüllt.

Zentralver. deutlicher Böttcher.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege
113/3
G. Weiss
morgen, Donnerstag, den 24. Januar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle St. Georgen in Weisensee beerdigt wird. Um rege Theilnahme bittet
Der Vorstand. S. Winter.

"Sanssouci"
Kottbuserstr. 4a.
Donnerstag, den 25. Januar cr.:
Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Vorverkauf 40 Pf. (siehe Plakate).
Großes Ull-Programm
Zum Schluss neu (höchster Lacherfolg):
Eine Soirée bei Lehmann's.
Gr. parodistisches Ensemble von Mensch.
Freitag: Viktoria-Frauerrei.

Passage-Panopticum.
Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederpiel von R. Linderer.
Auftritten sämtl. Spezialitäten.

Nur noch kurze Zeit!
Präuser's anat. Museum.
Neu: Reklotuberkulose, Reklotop-polyg, Brustfellentzündung, Lungentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten.
Schulthanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf, täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für Damen.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Donnerstag, den 25. Januar cr.,
Abends 7 1/4 Uhr:
Ein Künstlerfest.
Vollständig neue Ausstattungs: neue Einlagen, u. a.: Signorina Varotti, die kleinste Solotänzerin der Welt.
Außerdem: 4 arabische Vollblut-Schimmelhengste als Fahnenpferde, vorgeführt vom Dir. Fr. Renz. Kandelaber, geritten v. Herrn Ernst Renz. Cronwell, in der hohen Schule ger. von Fr. Oceana Renz. Die grossen Tremplinsprünge über 10 Pferde. Der urkomische Imitator-Klown Mr. Ybbs. Die Akrobaten auf dem Telephonbrat Zalva, Espana und Alvar. Die musikal. Klowns Gebr. Krasnick etc.
Preise wie gewöhnlich.
Der Circus ist gut geheizt.
Freitag: Ein Künstlerfest.
Sonabend: Parade-Pestvorstellung.
Fr. Renz, Direktor.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer
Eingeh. Hilfskasse Nr. 2, Hamburg.
Zahlstelle Nr. 5.
Schudrowski, Kassirer, Wohnung Rindgenstr. Nr. 7, vorn 2 Tr., Sprechstunden an Wochentagen von 7 1/2 bis 9 Uhr. Abends in seiner Wohnung, Mariannenstraße 48 bei Restaurateur Franz Wittler, wird Krankengeld ausgezahlt und Krankenkassen-Beiträge entgegengenommen. Sprechst. Sonabend von 8-10 Uhr Abends, Sonntag von 9-12 Uhr Vormittags. Auch werden daselbst neue Mitglieder aufgenommen.
371/3 Joh. Schudrowski, Kassirer.

Den Mitgliedern der Krankenkassen mit freier Arztwahl zur Nachricht, daß meine Wohnung sich nicht, wie in den Versteigerungsanzeigen steht, Oranienstraße 51, sondern
Oranienstrasse 55
am Moritzplatz 54919
Zahnarzt Semmel.
Spr. 8-6. Sonntags 9-1.
Homöopath. Arzt Dr. Gösch, Einienstr. 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr.

Deutscher Holzarbeiter-Verein
(Zahlstelle Berlin).
Vertrauensmänner-Versammlung:
Westen: Donnerstag, den 25. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Konwann, Culmb. 88.
Tagesordnung: Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Abgabe der ausgefüllten Fragebogen seitens der Vertrauensmänner. Verschiedenes.
Branchenversammlung der Modelltischler
am Donnerstag, den 25. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Bergstr. 68.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Wiedemann. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen in allen Versammlungen ist erforderlich.
Die Ortsverwaltung.
481/20

Krankenkasse der Hutmachergesellen zu Berlin
(Eingeschriebene Hilfskasse No. 67).
Sonntag, den 28. Januar 1904, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn C. Feind, Weinstraße Nr. 11:
General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Kassenbericht. 2. Anträge. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Wahl des Ausschusses und der Krankenkassentrolleure. 5. Verschiedenes. — Im Interesse der Kasse wird um pünktliches und zahlreiches Erscheinen gebeten.
14015 Der Vorstand: Otto Tschopp, Pappel-Allee 22.

Achtung, Metallarbeiter!
Donnerstag, den 25. Januar, Abends 8 Uhr:
im oberen Saal von Boltz, Alte Jakobstrasse No. 75:
Öffentliche Versammlung
der Arbeiter u. Arbeiterinnen d. Deutsch. Gasglühlicht-Gesellsch.
Tages-Ordnung:
1. Die Entlassung von 14 Arbeitern der Deutschen Gasglühlicht-Gesellschaft und die Zustände in derselben. (Der Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben.) 2. Diskussion.
Zu dieser Versammlung werden die beteiligten Branchen, wie Klempner, Rohrleger, Schlosser etc., ganz besonders die gesammten Kollegen der Firma Pintsch, sowie alle Interessenten und Konsumenten der Gasglühlicht-Gesellschaft eingeladen.
Der Einberufer: Otto Naether, K., Anklamerstr. 44.

Achtung! Steinarbeiter Berlins u. Umgegend.
Sonntag, den 28. Januar, Vormittags 10 Uhr
im Lokal des Herrn Müller, Johannstraße Nr. 20:
Große öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: Unsere Organisation und das Unterstützungswesen.
2. Stellungnahme zur Unterstützung des „Bauhauwerkers“. 3. Bericht-erstattung der Tarifkommission der Marmor- und Granitarbeiter und Be-schlussfassung über denselben. 4. Berichtserstattung des Schiedsgerichts zwischen Dollmeier, Wolf contra Aluede.
Der Vertretermann: J. Buchmann, Willibald-Allee 39.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Genthstr. 2.

Soeben ist erschienen:
Internationales aus dem „Volksstaat“
(1871-1875).
Von Friedrich Engels.
72 Seiten 8° Preis 30 Pf. — Wiederverkäufer Rabatt.
Inhalt: Vorwort. — I. Abwärts Herr Vogt (1871). — II. Die Bakunisten an der Arbeit (1873). — III. Zwei Flüchtlings-kundgebungen: a) Eine polnische Proklamtion (1874). b) Programm der blanquistischen Kommunisten. — IV. Soziales aus Russland 1875. — Nachwort hierzu 1894.

Die Neuauflage der hier gesammelten, s. B. im „Volksstaat“ und zum Theil auch in Broschürenform erschienenen Abhand-lungen ist gerade im gegenwärtigen Moment von besonderem Interesse. Namentlich trifft das zu auf „Die Bakunisten an der Arbeit“ und das „Programm der blanquisti-schen Kommunisten“. In ersterem Aufsatze schildert Engels das schmähliche und die Interessen der Arbeiter-klasse schädigende Treiben der Anarchisten und liefert in der Geschichte des 78er Aufstandes in Spanien den Nachweis, wie die auch heute von einer gewissen Seite immer wieder erhobene Forderung der Enthaltung vom politischen Kampf in der Praxis stets darauf hinausläufe, die Interessen der Bourgeoisie und der Reaktion zu fördern, und wie die Deklamationen vom allgemeinen Weltstreit auch in jenem spanischen Aufstande an den politischen-ökonomischen Tatsachen scheitern mußten. Die Kritik des Blanquistischen Flüchtlings-Programmes von 1874 ist gerade jetzt um so interessanter, als die Gruppe der Blanquisten, die damals zum ersten Male sich zum jetzigen deutschen Kommunismus bekannte, daneben aber den Stand-punkt der „revolutionären That“ einnahm, heute unter Führung ihres bedeutendsten Kopfes Baillant in die französische Depu-tirtenkammer eingetreten und mit den „Margisten“ in die gleiche Kampflinie eingeschwenkt ist.

Zahlreichen Bestellungen steht entgegen
Buchhandlung des „Vorwärts“.

Presskohlen.
Marke Centrum, anerkannt beste Heizkraft, wenig Asche gebend, durch Trichterparnis billige Feuerung. 6182R
6 Zoll = 16 cm lang 5. — M. pro Tausend,
7 " = 18 " " 6.25
Beste Senftenberger Marie, 16 " " 6. —
frei Keller, mit Fuhrlohn und Packen. — Probekohlen gratis frei Haus.
Frischeisen & Co., Kottbuser Ufer No. 30. Komtoir: Wienerstr. 18.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

34. Sitzung vom 24. Januar 1894. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher.

Zur ersten Beratung stehen die vom Zentrum (Lieber-Spahn) und der Freisinnigen Vereinigung (Langerfeldt u. Gen.) eingebrachten Gesetzentwürfe betreffend die eingetragenen Berufsvereine.

Nach § 1 der beiden gleichlautenden Entwürfe soll den Vereinen, welche die Förderung der Berufsinteressen und die Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, durch Eintragung in ein beim Amtsgericht zu führendes Vereinsregister die Rechtsfähigkeit verliehen werden.

Abg. Spahn (Z.): Die Gesetzgebung hat bis jetzt nur solche Vereinigungen bevorzugt, welche Wirtschafts- und Geldinteressen verfolgten. Nachdem aber durch das geltende Recht die Staatsbürger in bezug auf das Vereinigungsrecht an sich völlig gleichgestellt seien, müsse endlich auch dazu übergegangen werden, den Arbeitern und allen Berufsständen überhaupt die Verfolgung gemeinsamer Fach- und Berufsinteressen durch fördernde Akte der Gesetzgebung zu erleichtern, und diesem Zwecke entspreche der vorliegende Entwurf. Zu den Einrichtungen, welche die Vereine in die Hand zu nehmen hätten, zählten beide Entwürfe unentgeltliche Rechtsberatung und Rechtsschutz, Arbeitsnachweisung und Unterstützung bei Reisen, bei Arbeitslosigkeit, Streiks und Sperrn, Förderung der Berufsbildung, Vorträge, Unterricht, Fachschulen u. dergl., Schieds- und Einigungsämter. Alle diese Einrichtungen sollen auch auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden können. Die gegen die vorgeschlagene rechtliche Gestalt dieser Vereine, namentlich aus Bedenken über die Vermögensverwaltung und die Sicherung der Ansprüche der Vereinsmitglieder hergeleiteten Bedenken weist der Antragsteller kurz zurück, ebenso die aus politischen Gründen gegen eine derartige Privilegierung der Arbeitervereine erhobenen Anstände.

Abg. Richter (Fr. Vg.) hat dieser Begründung nichts hinzuzufügen.

Abg. Frhr. Seyl zu Herrnsheim (natl.) bestritt, daß Handwerk und Landwirtschaft irgend ein Bedürfnis nach der hier vorgeschlagenen Organisation empfinden würden; wäre dies der Fall, so würden sie andere Organisationen vorziehen. Es handle sich also nur um die Gewerkschaften, die Fachvereine, kurz die Organisation des Arbeiterstandes. Wenn man glaubt, daß in diesen neuen Vereinigungen die Pflege des Standesbewußtseins am zweckmäßigsten erfolgen könne, so sei er auch darin anderer Meinung. In der internationalen Arbeiterkonferenz von 1890 habe man deutlich festgestellt, daß Deutschland keine Veranlassung habe, sich auf die Nachahmung der Trades Unions einzulassen. Man habe mit Recht angeführt, daß es sich dabei bloß um große Wahlvereinigungen handeln würde. Diese damalige Stellungnahme sei sehr schnell durch die Ereignisse als richtig erwiesen worden: Im Herbst vorigen Jahres haben die Trades Unions auf ihrem Kongress in Belfast das sozialdemokratische Programm angenommen. Die deutschen Arbeiter benötigten eine bessere Konjunktur, aber keine neue Form für ihre Organisation. Auch als Grundlage für die weitere Ausbildung im Verein mit den Arbeitgebern würden diese Vereine keinen Werth haben, wie die Geschichte des Stickerverbandes für den Kanton St. Gallen beweist, der sich nach 10jähriger Thätigkeit 1893 aufgelöst habe. Die große Mehrzahl der Nationalliberalen hat keinen Grund, auf den Antrag näher einzugehen, besonders weil er durch das Zustandekommen der Zusammenschließung zu Verbänden das bestehende Vereinsrecht völlig illusorisch machen würde; einer Kommissionsberatung werden sie sich aber nicht widersetzen.

Abg. Legien (Soz.): So lange Sie uns nicht unter ein Ausnahmegesetz stellen, haben Sie kein Recht, den vorliegenden Gesetzentwurf mit Rücksicht auf die sozialdemokratischen Arbeiter abzulehnen. Es ist allerdings eine Frage der Zeit, das gebe ich zu, wann die englischen Trades Unions ins sozialdemokratische Fahrwasser eintreten. (Hört! hört! rechts.) Das wissen wir schon lange, und daran ändert die Annahme oder Ablehnung dieses Gesetzentwurfs nichts. Bei dem englischen Bergarbeiter-Streik aber handelte es sich nicht etwa um politische Interessen, sondern um die Absicht einer Lohnreduktion von 25 pKt. Dieser Gesetzentwurf, wird gesagt, möge wohl den Sozialdemokraten, aber nicht den „freien“ Arbeitern, „freie“ Arbeiter sind nach meiner Erfahrung solche, deren Lebenshaltung und Widerstandsfähigkeit so weit heruntergedrückt sind, daß sie sich nicht zu organisieren wagen, und gerade ihnen würde ein solches Gesetz Vorteile bieten. Bei den neuen sozialen Reichsgesetzen, mit deren Ausführung und Vortheilen sich die Arbeiter begnügen sollen, handelt es sich um keine Organisation, woraus es hier ankommt. Die Arbeiter wollen sich organisieren, gerade um zu verhüten, daß sie vor der Zeit krank und invalide werden. Allerdings, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern würde dieses Gesetz nicht herbeiführen. Solange das jetzige Lohnsystem fortbesteht, solange den Arbeitern ein Recht an der Festsetzung der Arbeits- und Lohnbedingungen mitzureden, wie es in England von den Trades Unions noch langen schweren Kämpfen erreicht worden ist, von den Arbeitgebern verweigert wird, kann von einem Frieden keine Rede sein. Wir werden so lange weiter kämpfen, bis auch wir im Besitze dieser Gleichberechtigung mit den Arbeitgebern sind. Man sagt, der Egoismus werde den Aufbau unserer sozialistischen Gesellschaft verhindern. Wir scheuen und fürchten den Egoismus an, daß jeder sich eine möglichst gute Lebenshaltung verschaffe, aber wir sehen die Grenze des Egoismus da, wo die Gemeinsamkeit der Interessen anfängt. Wenn die Masse der Arbeiter, welche heute die bürgerliche Gesellschaft erhält, nicht umgelehrt, von diesem Egoismus vollständig durchzogen sein wird, dann findet der Egoismus des Einzelnen seinen Ausdruck in dem Vortheil der Gesamtheit, dann sind die wenigen Bestehenden befähigt und ihr Egoismus geht in dem Interesse der Gesamtheit vollkommen auf. Wir werden für diesen Gesetzentwurf stimmen, ohne Dank, denn den Arbeitern wird nur etwas geboten, was ihr natürliches Recht ist und ihnen bis dato vorenthalten ist, ein Recht, welches Arbeitgeber und Aktiengesellschaft bis jetzt vor den Arbeitern voraus haben. Eine Organisation der Arbeiter liegt in Ihrem eigenen Interesse, denn der soziale Kampf ist mit organisierten Arbeitern leichter zu führen als mit nichtorganisierten. Ein Streik trifft die Arbeitgeber härter als die Arbeiter. Wollen Sie diesen Kampf mit den nichtorganisierten Arbeitern weiter führen, gut, wir nehmen ihn auf; wir haben uns dabei bis jetzt sehr gut gehalten. Es handelt sich bei diesem Gesetzentwurf nicht darum, Neues zu beschaffen, sondern Bestehendes anzuerkennen. Berufsvereine, Gewerkschaften bestehen ja schon seit langem. Es sind zwar keine sozialdemokratischen Vereine, aber ihre Mitglieder bestehen zum großen Theile aus Sozialdemokraten oder sie werden es. Außerdem gibt es die Hirsch-Lunder'schen Gewerkschaften mit 50 000 Mitgliedern. Wir haben 55 Gewerkschaften mit 310 000 Mitgliedern. Die Statistik darüber ist eine mangelhafte, aber es kommt nicht allein auf die Zahl der Mitglieder an, sondern auf das, was geleistet wird. Die Jahreseinnahme dieser Vereine betrug 1890 1 160 588 M. Davon wurden 144 368 M. zu Reise-Unterstützungen 64 200 M. zur Unterstützung Arbeitsloser verwendet. 1892 nahmen 42 Vereine

2 319 922 M. ein und von ihnen zählten 34 Vereine 382 607 M. Reise-Unterstützungen, 14 Vereine an Arbeitslosenunterstützungen 857 087 M. Die Organisation der Kupferschmiede zahlte 1892 pro Kopf 2 64 M. an Reise-Unterstützungen, die der Buchdrucker 7,57 M., die der Bildhauer 5,52 M. u. s. w. Diese Organisationen verhindern, daß die Arbeiter zum Bagabundentum herabstinken. Wenn man hier mit dem Brustum der Ueberzeugung über die Bagabunden herzieht, so ist das das Zeugnis einer nicht auf die Probe gestellten Moral. Man soll erst einmal an dieser Grenze selbst gestanden, einige Zeit die Verfolgung der Polizei, die Yese von Ort zu Ort durchgemacht haben, wenn man über diese Verhältnisse ein richtiges Urtheil gewinnen will. Ebenso haben diese Organisationen Arbeitsnachweise eingerichtet. Herr Kropatschek brachte in der That nur 14 Tage auf der Chaussee Steine zu klopfen, er würde uns nicht mehr Neben wie seine gestrige halten, sondern die Berechtigung der Klagen der Arbeiter einsehen und schließlich zum Sozialdemokraten werden!

Ich will auf unsere Erfahrungen mit den Landes-Verbandsvereinen nicht näher eingehen. Thatsächlich stehen unsere Organisationen vollständig rechts da. Jeder Gendarm, der vom sozialen Leben nicht so viel versteht, wie der Esel vom Lauten, darf einen Verein diskantieren und ihm Schwierigkeiten machen. Das preussische Ministerium hat unsere Vereine systematisch zur Auflösung getrieben, indem es sie unter das Gesetz vom 17. Mai 1889 stellte und bestimmte, daß Vereine, welche ihren Mitgliedern irgend welche Unterstützungen gewähren, die Genehmigung des Ministeriums bedürften. Die Arbeiter sind über das Sozialistengesetz hinweggekommen, sie sind auch über diese Verfügung hinweggekommen. Die Unterstützungen wurden vom Vorstande, vornehmlich, gewährt. Die Organisationen der Bildhauer und der Buchdrucker fügten sich und reichten beim Ministerium das Statut zur Genehmigung ein, es sollte ihnen aber bald leid thun. Vor zwei Jahren bei dem Ausstande der Buchdrucker untersagte das Ministerium den Buchdruckern an die streikenden Mitglieder Unterstützungen zu zahlen resp. Extrabeiträge zu erheben. Ist das ein rechtmäßiger Zustand? Nein! Dadurch werden die Gegensätze nicht ausgeglichen; für die Arbeitgeber existieren die Rechte, für die Arbeiter nur Pflichten. Dieser Gesetzentwurf ist geeignet, einem solchen Zustande ein Ende zu machen. Er wird zwar unsere Propaganda nicht fördern. Wir werden mit und ohne diesen Gesetzentwurf unsere Ziele erreichen. Nehmen Sie ihn an, so werden wir den Arbeitern sagen, was sie von den Arbeitgebern zu erwarten haben. Das kann unsere Propaganda nur fördern und muß das gegen die heutige Gesellschaft einimpfen. Nehmen Sie den Gesetzentwurf an, so werden wir unsere Organisation auf grund desselben aufbauen und weiterarbeiten. Wir werden unsere sozialdemokratischen Ideen keinen Augenblick außer Augen lassen. Wie die Sache sich auch gestalten möge, der Sozialdemokratie nügen Sie immer. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Stumm (Rp.): Die vorgeschlagene Organisation kann nur dazu dienen, Streiks zu initiieren oder zu verschärfen. Alle Versuche des Antragstellers, ein Bedürfnis für diese Vereine nachzuweisen, hat die Rede des sozialdemokratischen Vertreters zu nichte gemacht. Nach meiner Meinung ist ein unsreiner Arbeiter gerade der, der sich einer solchen Korporation verschreibt; denn wenn ihn diese in Verzug erklärt, ist er rettungslos dem Hungertode preisgegeben. (!!!) Die Erfahrungen in England und namentlich in Amerika machen diese Organisationen äußerst verdächtig. Wenn der Vordredner meint, die Arbeiter hätten bis jetzt in bezug auf die Rechtsfähigkeit sich in einem Ausnahmestande befunden, so übersteht er doch, daß die Verleihung der Rechte einer juristischen Person bisher ein Privilegium ist. Die bloße Gemeinnützigkeit der Bestrebungen an sich kann die Verleihung dieses Rechtes an die Arbeiter-Vereine nicht begründen. Es hat ja Zeiten gegeben, wo die Arbeitervereine etwas nützlich leisteten, so früher in England, das war damals, als sie noch lediglich ihre materiellen Interessen im Auge hatten und von Politik und namentlich von Sozialdemokratie noch keine Rede war. Was jetzt die Herrn Kathedersozialisten Brentano, Herlner, Schulze-Gadvernitz für diese Vereinigung ansühren, trifft nicht zu; es wird auch hier zur Geltung kommen, daß nicht die lebenslos abstrakte Förderung der wirtschaftlichen Interessen in der Neu-Organisation das Ziel behauptet, sondern die schärfste Tonart wird den Sieg davon tragen, der soziale Krieg bis aufs Messer wird das Ziel des Strebens sein. Man will ja gerade die freien Arbeiter mit diesen Vereinigungen treffen, man will sie unter das Joch der Union beugen, um auf alle mögliche Weise den Boykott gegen die Arbeitgeber wirksam durchzuführen. Solche Zustände müssen zu einer Tyrannei führen, gegen welche die größte Brutalität eines Arbeitgebers ein Kinderpiel ist. Der Schutz des freien Arbeiters, den die Regierung in § 153 der Gewerbe-Ordnung verlangte, hat der Reichstag vor 3 Jahren abgelehnt. Die vorliegenden Anträge annehmen, hieße den freien Arbeiter seines letzten Schutzmittels berauben, zumal in Deutschland die Sozialdemokratie so hoch entwickelt ist und einer handvoll kluger taktisch sehr gewandter Führer zu Gebote steht, welche sie in jedem Augenblicke zu jeder ihnen geeignet scheinenden That veranlassen können. Recht hat der Vordredner bezüglich der Hirsch-Lunder'schen Gewerkschaften; diese sind immer mehr zurückgegangen und werden schließlich existenzunfähig werden. Anders mit den Fachvereinen: Jede Stärkung derselben ist eine Stärkung der Sozialdemokratie, auch geradezu eine Anreizung für sie, auf dem Wege der fituellen Streiks noch weiter zu gehen, als sie schon bisher fortgeschritten waren.

Abg. Schneider-Nordhausen (fr. Volksp.) tritt für den Antrag ein. Es könne für den Reichstag nicht darauf ankommen, aus Rücksicht auf Vorgänge in England ein Gesetz juristisch zu erweitern, daß der Mehrheit aus anderen Erwägungen heraus wünschenswert erscheine. Die bisherige Vogelsfreiheit der Arbeitsvereine, die sie allen, auch den grüßlichsten Willkürmaßregeln niedrigerer und höherer Beamten wehrlos gegenüberstellen, müsse beseitigt werden und das könne nur durch die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Arbeitervereine geschehen. Im Gegensatz zu den Arbeitgebern, denen auch andere Wege zu Gebote stehen, ihre Interessen wahrzunehmen, können die Arbeiter letzteres nur in großen Versammlungen und Vereinen thun. Redner empfiehlt die Anträge dem Hause zur Annahme.

Abg. Müller (natl.): Die lehrreiche Beleuchtung, welche der Abg. Legien den Anträgen zu theil werden ließ, muß doch auch dem eifrigsten Freunde derselben klar machen, daß der soziale Frieden auf dem Wege der Einrichtung öffentlich-rechtlicher Institutionen, wie die Trades Unions sie darstellen, nicht erreicht werden wird. Die Gewerkschaften sind da, aber der Staat hat keine Pflicht, sie zu fördern. Wollen man denn gar nicht aus der Geschichte lernen? Wollen man wieder einmal einseitig theoretischen Anschauungen zu Liebe einen sozialpolitischen Fehler machen? Redner lehnt in Uebereinstimmung mit dem Abg. v. Hehl die Vorlage ab.

Abg. Volkshuher (Soz.): Schon der Umstand, daß die Arbeiter auch die kleinsten, geringsten Fragen des Lohnes oder der Arbeitsbedingungen mit dem Arbeitgeber nur besprechen können, wenn sie sich in Versammlungen über ihre Stellung geeinigt haben, zwingt die Arbeiter zu einer Organisation. Was Herr Müller und Herr v. Stumm ausführen, geht davon aus, daß die privilegierte Stellung des Arbeitgebers keinen Abbruch duldet. Der Klassenkampf aber geht aus den entgegenge-

Interessen der Arbeiter und Arbeitgeber hervor und wird existieren, ob man Arbeiterorganisationen hat oder nicht. Gerade dadurch, daß sämtliche Arbeiter eines Berufsgebietes sich in einer Organisation zusammenfinden, gewinnt letztere an Macht und Ansehen und kann sie ihre Forderungen durchsetzen; aus ganz demselben Grunde werden die freien Arbeiter so sehr von den Herren von Stumm und Müller gepriesen. „Und der Arbeiter so frei, daß er unser Sklave sei!“ Das ist das Leitmotiv dieser Lobgesänge. Aus allem sollen wir Gist für unsere Agitation zu saugen suchen, meint Herr v. Stumm. Daß wir aus allem den möglichsten Nutzen für uns zu ziehen suchen, kann uns niemand verargen. Wenn das Gesetz angenommen wird, werden wir seine Bestimmungen für uns verwerten; wenn es abgelehnt wird, werden wir dem Arbeiter zeigen können, daß man es eben in der Bourgeoisie doch nicht so eilig hat, die gerühmte Rechtsgleichheit der Arbeiter zu verwirklichen. Erst vor einem Jahre forderte derselbe Frhr. v. Stumm den Minister auf, die Arbeiter, welche sich an dem Rechtsschutzverein im Saarrevier beteiligten, aus der Arbeit zu entlassen. Wenn er sein ökonomisches Uebergewicht in die Waagschale wirft, um das Koalitionsrecht der Arbeiter unmöglich zu machen, so ist das schon ein großer Nachtheil für die Arbeiter, weit schlimmer aber ist der Terrorismus, welchen die Arbeitgeberverbände gegen die von einem der Jüngeren verheirateten Arbeiter ausüben! Von diesem Terrorismus aber weiß die Rede des Herrn v. Stumm nichts, er sieht nur Tyrannei und Terrorismus, welche die Arbeiter gegen ihre eigenen Genossen und gegen die Arbeitgeber wälten lassen. Herr v. Stumm hält offenbar wie Herr Müller die Berufsvereine nur dann für durchführbar, wenn ein neues Sozialistengesetz, ein neues verschärftes Vereinsgesetz und eine strengere Strafvorschrift für Kontraktbruch erlassen sind. Es wird hierbei aber gar nicht an die säueren Strafen gedacht, welche auf grund unserer bestehenden Gesetze gegen Streikende, wegen Aufzehrung zum Streik, wegen Ausreizung, wegen Anstiftung u. s. w. weit über das Durchschnittsmaß hinaus verhängt worden sind, daß also hier auch ein Schutz vorliegt, wie ihn in England etwa die conspiracy laws der Gesellschaft gewähren. Wie es zur Zeit mit dem Schutz der ländlichen Arbeiter gegen Vergewaltigung ausieht, lehrt ein Fall in Schleswig-Holstein, wo die Rüge eines Hofes, welche die Gutsherrschaft um Schutz gegen die Behandlung des Meierhofen angegangen hatten, zuerst durch den Gutsherrn in der empfindlichsten Weise behandelt, dann aber auch noch wegen Vergehens gegen die bestehenden Gesetze mit Haft bestraft wurden! Und da will man von einer bereits vorhandenen Rechtsgleichheit aller Staatsbürger sprechen! Andererseits hat sich in derselben Provinz ein landwirtschaftlicher Schutzverein der Arbeitgeber gebildet, welcher seine Mitglieder verpflichtet, ihren Arbeitern weder irgend eine Arbeitsvermittlung, noch eine Lohnreduktion zu gewähren. Die Arbeiter aber, gegen die solche Schutzvereine sich zusammenschließen, haben ihrerseits nicht das Recht, sich zu koalieren, zu organisieren. Selbst der „Kölnischen Zeitung“ geht diese Art des Vorgehens der ländlichen Arbeitgeber wider den Strich; sie warnt sie vor der zu schroffen Betonung ihres Klasseninteresses. Der Arbeitgeber, der Grundbesitzer macht von dem Vereinsrecht den ausgiebigsten Gebrauch, den Arbeitern verbietet man die Organisation und da spricht man immer noch von Rechtsgleichheit in dem Verhältnisse von Arbeitern und Arbeitgebern! Gerade die Rechte hätte alle Ursache auf eine Besserung der Lebenslage der Landarbeiter zu wirken. Der Zug der Arbeiter vom Lande, ihr Zudrang in die Städte hat seine Hauptursache in der jämmerlichen Behandlung, die sie von den Grundbesitzern erfahren (Widerstand rechts) und in den jämmerlichen Wohnungs- und Nahrungsverhältnissen. Eine Besserung dieser Verhältnisse würde bessere Landarbeiter schaffen und sie der ländlichen Arbeit erhalten. Angeblich kann die Landwirtschaft höhere Löhne nicht bezahlen. Aber eine bessere Bezahlung des Arbeiters würde auch seine Leistungsfähigkeit erhöhen, die Erträge der Landwirtschaft steigern und sie so in den Stand setzen, dauernd die höheren Löhne zu zahlen. (Präsident v. Levetzow kann nicht erkennen, daß diese Ausführungen noch zur Sache gehören.) Ich will gerade den Nachweis führen, wie durch diese Vereinigungen nicht nur die privatrechtlichen, sondern auch die öffentlich-rechtlichen Interessen der Arbeiter gefördert werden können. Unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung ist soweit fortgeschritten, daß an eine Organisation der Arbeiter endlich gedacht werden muß. Zu der Reichskommission für Arbeiterstatistik wollten wir Erhebungen betreffend das Wäckererwerbe anstellen; aber Organe, welche uns über die Lage der Arbeiter in dieser Branche Aufschluß geben könnten, giebt es bis jetzt nur in ganz ungenügender Maße. Auch das Fabrikinspektorat muß die Existenz organisierter Arbeitervereinigungen wünschen. Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

In seinem Schlußwort bittet der Abg. Spahn um Annahme der Anträge.

Abg. Meyer: Halle nimmt für den Antrag Langerfeldt das Schlußwort und polemisiert in demselben hauptsächlich gegen die Ausführungen der beiden sozialdemokratischen Redner.

Auf Antrag des Abg. v. Stumm werden beide Anträge einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

In die Beratung der Anträge wegen Abänderung des Wahlgesetzes wird nicht mehr eingetreten.

Präsident von Levetzow theilt mit, daß der frühere Bureau-director des Reichstages, Happe, heute früh im Alter von 80 Jahren verstorben ist. Er widmet dem Heimgegangenen, der vor 14 Jahren pensionirt wurde, einen ehrenden Nachruf. Die Mitglieder des Hauses erheben sich zu Ehren seines Nachrufes von den Sitzen.

Schluß gegen 5 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. (Vorlagen, die die Abhandlungsgeschäfte, den Schutz der Waarenbezeichnungen und den Reichs-Zuvaldenfonds.)

Abgeordnetenhaus.

4. Sitzung vom 24. Januar 1894. 1 Uhr.

Am Ministerische: Riquel, Thielens, v. Schelling.

Die erste Beratung des Stadthaushalts-Stats wird fortgesetzt.

Abg. v. Kröcher (R.) erklärt, daß er nicht im Namen seiner Freunde, sondern nur für seine Person sprechen wolle. Herr Kröcher wirft uns vor, daß die Landwirthe Staatshilfe verlangen, während die Aebder und die Kaufleute zu stolz dazu seien. Wenn man etwas hat, ist es leicht, stolz zu sein; wenn man nichts mehr hat, ist der Stolz vorbei. Herr Richter meint, die vielen Klagen würden den Kredit verderben. Das wäre vielleicht nicht so übel, denn vor 40 Jahren haben sich die Landwirthe verschuldet, doch nur, weil man ihnen so leicht Kredit gab. Herr Richter behauptet, daß wir nur durch das Dreiklassen-Wahlssystem so stark vertreten seien. Vor einigen Jahren prophezeite Herr Richter, daß wir nicht mehr so stark wiederkommen würden, Herr Richter verweist auf die Urwahl-Statistik. Aus meinem Wahlkreise weiß ich, daß die konservativen Wahlmänner überall einstimmig gewählt sind, und da in den übrigen Wahlkreisen die Zahl der konservativen Wahlmänner zugenommen hat, so wird es da auch nicht so schlimm stehen. Daß wir auf dem Boden des Gesetzes vom 4. Januar 1882 stehen, hat Graf Limburg

schon dargelegt. Wenn konservative Beamte von der Regierung gemehrt worden sind, ist in der konservativen Presse niemals darüber ein Ton des Widerspruchs laut geworden. Die Konservativen sollen ausgerufen haben: Fort mit Capriol! Wir halten das nicht für richtig, nicht für konservativ. Bei der Währungsfrage wollen wir nach Herrn Nicker nur unsere Schulden vermindern auf Kosten der Gläubiger. Durch die Goldwährung sind eben unsere Schulden zu unsern Ungunsten vermehrt worden, und das soll redressiert werden.

Abg. v. Cynern (natl.): Ferner wünschen wir, daß die deutschen Aufträge wieder mehr im Inlande vergeben werden, nicht nach Belgien. Das ging sogar so weit, daß unsere Marine mit englischen Kohlen fuhr, wodurch die Eisenbahn große Frachtbeträge verlor. Nur bei uns herrscht ein solcher kosmopolitischer Sinn; die Folge davon ist die zunehmende Arbeitslosigkeit und die Ermäßigung der Rente der Unternehmungen. Für die Herstellung von 1000 Kilogr. Schienen ist eine Bewegung von 10 000 Kilogr. auf den Eisenbahnen erforderlich. Wird im Inlande bestellt, so geht der inländischen Arbeit sehr viel verloren. Zum Nordsee-Kanal werden schwedische Granitblöcke verwendet, während wir dieselben ebenso gut im Nibelgebirge haben. Die Ersparnisse des Reichs werden aufgewogen durch den Verlust an Eisenbahnfrachten. Wenn ferner dafür gesorgt würde, daß die Grubenhöhlen aus den Wäldern östlich von Berlin nach dem Westen kommen können, so würde das für unsere Bergwerke und für die Forstverwaltung nicht ohne Bedeutung sein.

Welche neuen Steuern hat man im Reichstag ausgedacht? Reichs-Einkommensteuer, Reichs-Erbchaftsteuer, Wehrsteuer u.; aber man hat dabei übersehen, daß eine reinliche Scheidung eingetreten ist, daß dem Reich die indirekten, den Einzelstaaten die direkten Steuern gehören. Der Reichskanzler soll sein Wort nicht gehalten haben; ist denn der Tabak, der in Deutschland in Zukunft nur 2 M. pro Kopf Steuer tragen soll, während die Steuer in Spanien 5 M. beträgt, kein leistungsfähiges Steuerobjekt? Unser Fraktionsgenosse Weber-Heidelberg hat die Agitation gegen die Mehrbesteuerung des Tabaks eine jämmerliche genannt. Wenn er auf die Natrularbeiträge verweist, so bedeutet das nur einen Zuschlag zur Einkommensteuer. Ueber 8000 Mark haben Einkommen nur 310 000 Jeniten; die übrigen, die große Masse, welche den Haupttheil der Steuer ausbringt, also bis in die Kreise der Arbeiter hinunter, würden durch diese Zuschläge belastet werden. Das entspricht nicht den Verprechungen des Grafen Capriol. Und werden sich denn die Landtage bereit finden lassen, die inneren Steuern zu verwehren für Reichszwecke? Herr Nicker wird hier mit seinen sechs Freunden allen übrigen Parteien zusammen gegenüberstehen. Die Finanzreform, das muß festgestellt werden, wird vom preussischen Landtage nicht zurückgewiesen. Andere Einzelstaaten haben ihre Reservatrechte, Bayern z. B. seinen Walschlag; sie können gut Zuschläge zur Einkommensteuer verlangen, während bei uns die Einkommensteuer schon durch die Gemeinden besonders belastet ist, so daß man dafür sorgen zu müssen glaubt, den Gemeinden indirekte Steuerquellen zu eröffnen. Mit den Landwirthschaftsvereinen sind wir im großen und ganzen einverstanden, obwohl damit ein schwerfälliger Apparat geschaffen wird. Bei den wirthschaftlichen Fragen wollen wir nicht vergessen den Blick auf das Ganze zu werfen. Handel, Industrie und Landwirtschaft sollen auch in der gegenwärtigen Legislaturperiode im richtigen Maß gleich behandelt werden.

Abg. v. Kardorff (L.): Der Vorredner hat darauf hingewiesen, daß der Reichstag sich in einem Gegensatz setzt zu den Einzel-Parlamenten. Der Reichstag geht aus direkten allgemeinen Wahlen hervor, und es liegt die Gefahr nahe, daß die Sozialdemokratie dort einmal die Mehrheit erhält. Wir haben im Landtag eine Vertretung der Besitzenden Klassen. Ich habe einmal einen Antrag gestellt, das Wahlrecht Preussens und des Reichs anzunähern. Ich wollte nicht das allgemeine Wahlrecht in Preußen einführen; auf die Dauer wird es nicht möglich sein, zwei so große Körperschaften wie den Reichstag und den preussischen Landtag auf so verschiedene Wahlrechte zu begründen. Die Freisinnigen werden auch im Reichstage immer mehr von Konservativen und Sozialdemokraten verdrängt werden und werden dann zu spät einsehen, daß es notwendig gewesen wäre, die Wahlrechte einander zu nähern zum Wohle der Gesamtheit. (Zustimmung rechts.) Die Verhältnisse der preussischen Finanzen sind zum Theil noch als günstige hingestellt worden, aber man vergißt, daß Preußen an den Reichsschulden doch auch theilnimmt; diesen Reichsschulden stehen aber keine weiteren Besitzthümer gegenüber. Man spricht davon, daß die Verhältnisse wieder günstig würden. Das stimmt nicht mit dem überein, was gestern im Reichstag gesagt wurde von dem allgemeinen Darniederliegen nicht bloß in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie und im Handel. Daß die Steuererlagen im Reichstage verschwinden werden, glaube ich nicht; bisher sind nur die Gegner der Vorlage erschienen; die Freunde werden nachher kommen und stimmen (Widerspruch links), weil in den Einzelstaaten der Druck der Natrularbeiträge zu spürbar werden würde. Das Darniederliegen der Landwirtschaft ist anerkannt worden. Wenn so vielen Menschen die Kaufkraft geschwächt wird, so muß die Industrie natürlich auch leiden, denn der innere Markt ist für die Industrie doch wichtiger als der schwankende Export. Herr Nicker hat gemeint, man solle den Großgrundbesitz parzellieren und an kleine Besitzer abgeben; dann würde der Nothstand aufhören. Die landwirthschaftlichen Nothlagen haben stets ein entgegengesetztes Ende genommen, in England, in Italien u. s. w. Große Latifundien entstanden; das Land wurde dem Ackerbau entzogen und zu Viehweiden oder zum Vergnügen der reichen Leute eingerichtet. Herr v. Cynern meint, die Noth der Landwirthe rührt von der Kapitalarmuth her, er will kapitalkräftige Landwirthe haben. Aber die kapitalkräftigeren Leute sind keine Bauern, sondern Latifundienbesitzer. Daß ein einzelner Staat die Währungsfrage regeln könnte, daran denkt niemand, das kann nur durch eine große internationale Vereinbarung gemacht werden. Die Verhältnisse sind doch heute nicht besonders erfreulich; es sind die ganzen Staaten im südlichen Europa bankrott. Als im Anfange des Jahrhunderts die Produktionsverhältnisse der Münzmetalle sehr schwankend waren, da hat der lateinische Münzband es vermocht, das Verhältniß zwischen Gold und Silber vollständig aufrecht zu erhalten. Da das Silber in jedem Augenblick ausgemünzt werden konnte, konnte es im Werth nicht sinken. Die Wichtigkeit der Frage an sich und für die Landwirtschaft wird jeder begreifen, der sich damit beschäftigt hat. Die gesteigerte Kaufkraft des Goldes zu leugnen, wozu Herr Bamberger den Versuch gemacht hat, ist eine Spekulation auf die trostlose Unwissenheit des Publikums. (Lachen links.)

Abg. Lieber (Zentr.): Daß die Zahl der katholischen Beamten eine so geringe ist, ist doch ein seltsames Räthsel; namentlich in den höchsten Stellen zeigt sich ein auffallendes Mißverhältniß, trotzdem doch eine gleichmäßige Vertheilung der Geistlichen angenommen werden muß.

Die großen Parteien hier, die auf Herrn Miquel's Seite stehen, haben 73 Stimmen über die Mehrheit, aber im Reichstage stehen sie mit 51 Stimmen hinter der Mehrheit zurück. (Sehr richtig!) Mit diesen Mehrheitsparteien hier verbinden uns nicht angenehme Erinnerungen, namentlich wegen des Wahlgesezes. Wenn Herr Miquel unsere Zustimmung im Reichstage wünscht, dann sollte er die Mehrheit, die ihm hier zur Verfügung steht, benutzen zur Reform des Wahlrechts; wir werden ihm unsere Stimmen zur Verfügung stellen. (Zustimmung im Centrum.) Wenn die Frankenstein'sche Klausel verhindert hätte, daß die Natrularbeiträge die Ueberweisungen übersteigen, dann wäre sie vollkommen gewesen. Ein festes Verhältniß zwischen dem Reich und den Einzelstaaten muß geschaffen werden; aber ist jetzt der Zeitpunkt dazu und sind die Mittel vorhanden? Es ist kaum möglich, die Mittel für die Militärvorlage auszubringen, geschweige denn noch etwas anderes.

Ich schließe mit einer Auslassung Windthorst's, der vor Jahren schon gesagt hat, man dürfe im allgemeinen Interesse die Regierung nicht im Stich lassen. (Beifall im Centrum.)

Finanzminister Miquel: Die Rede hat meine Hoffnung auf das Centrum verhärtet, daß dasselbe die Entlohnung der Frankenstein'schen Klausel billigen wird. Ich will mich durchaus nicht in Gegensatz stellen zu dem Centrum, dessen Bedeutung im Reichstage ich wohl kenne. Der Reichstag muß auf die Stimmung der Einzelstände Rücksicht nehmen. Im bayerischen Landtage und anderwärts haben lange Verhandlungen stattgefunden und im babilischen Landtage hat man sogar auf Betreiben dortiger Zentrumsvertreter Beschlüsse gefaßt. Wenn der Reichstag die Einnahmen nicht erheblich vermehrt, dann werden die Natrularbeiträge stetig steigen und die Sachlage eine immer schwieriger werden. Da Herr Lieber die Reform auch für unbedingt notwendig hält, kann man nicht mehr warten. Denn es handelt sich nicht bloß um die finanzielle Frage, sondern auch darum, ob sich ein erträgliches Verhältniß zwischen Reich und Einzelstaaten finden läßt. Ich habe noch immer die Hoffnung, daß der Reichstag die ihm gestellte Aufgabe im Wesentlichen lösen wird. Durch Ersparungen kann das Defizit nicht vermindert werden, sondern nur durch Eröffnung neuer Einnahmequellen. Die Erhebung von Zuschlägen zur Einkommensteuer wäre dann ein trauriger Nothbehelf. Die Grundlagen unserer Finanzen sind noch gut. Ich denke, aus dieser Debatte wird sich ergeben, daß wir Vorsicht bewahren müssen bei den Ausgaben und danach streben müssen die Einnahmen in ein richtiges Verhältniß zu setzen. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Arendt (L.): Das steht jetzt fest, daß der Nibel über das Scheitern der Finanzreform ein vorläufiger war. Zehntbeträge im Etat sind nicht zu verwundern; sie sind bei schlechten wirthschaftlichen Verhältnissen notwendig bei einem Staate, der durch Betriebe aller Art mit dem wirthschaftlichen Leben enge Beziehungen hat. Trotz der schlechten Lage der Finanzen hätte man doch manche Ausgaben in Rücksicht nehmen können, deren Zurückstellung allgemein schwer empfunden wird.

Wenn eine Reichs-Einkommensteuer vorgelegt würde, würden die Freisinnigen auch widersprechen. Es bleibt immer nur der Hinweis auf die Liebesgaben. Die wirthschaftlichen Mißstände führe ich auf die angeblich bewährte Goldwährung zurück. Von Sonderinteressen einzelner Berufsklassen kann ich nicht entdeden. Trotzdem ich auch ohne Nr und ohne Palm bin, siehe ich auf Seiten der Agrarier. Von sieben mageren und sieben fetten Jahren kann man heute nicht reden.

Abg. Nicker: Ich habe den geistigen Berathungen nicht beiwohnen können, allein ich habe dabei nichts verloren, denn es war ja nur der Abbau des Reichstages, der hier aufgetischt wurde. Herr v. Kardorff hat ja sogar versucht, die Debatte über den Nothstand hier fortzusetzen. Börsensteuern sind ja populär, aber es ist nicht immer leicht, populäre Steuern einzuführen. Herr Miquel hat eine Verbeugung vor dem Centrum gemacht, und Herr Lieber hat dieses in der ihm eigenen zeremoniösen Weise erwidert und hat freundliche Händedrucke ausgetauscht. Aber ich habe dabei kein Geldstück gesehen, und darauf kommt es dem Finanzminister doch allein an. Ich könnte eher vor die Rede des Herrn Lieber das Motto setzen: Was ich mir dafür kaufe! In Bezug auf die Zeit und die Mittel der Reform weicht Herr Lieber vom Finanzminister ab. Es bleibt also gar nichts Greifbares zurück. Die jetzige Zeit ist allerdings die denkbar unangünstigste, denn man müsse doch die vorliegenden Verhältnisse ordentlich übersehen können. Die clausula Frankenstein ist nicht das Endziel finanzpolitischer Weisheit. Der Finanzminister hat mit Genugthuung verwiesen auf die Uebereinstimmung der drei Kartellparteien. Das macht ihm Freude und kostet uns nichts. Viel schlimmer wäre es, wenn man im Reichstage mit seiner Finanzreform einverstanden wäre. Uebrigens ist es mit der Einmüthigkeit der drei Parteien nicht weit her, ebenso mit der Einmüthigkeit der Regierungen, die man ja an dem Vorgange vom Sonnabend im Reichstage beurtheilen kann. Gegen die Tabaksteuer haben sich Nationalliberale und Konservative ausgesprochen, für die Weinsteuern nur Konservative; oder auch nur ein einziger Nationalliberaler für die Weinsteuern ist, weiß ich nicht. Hier kann man sich für neue Steuern begeistern, wo eine Abstimmung vor dem Lande nicht stattfindet, wo die Verantwortung fehlt. Uebrigens sind die anderen Einzel-Parlamente auch nicht so begeistert. Der Finanzminister meint, man braucht im Reich nur Natrularbeiträge auszuscheiden. Aber ohne Zustimmung des Bundesraths können sie nicht ausgeschieden werden; warum erhebt der Finanzminister nicht dort Widerspruch gegen die Erhöhung der Ausgaben? Schwarzmalerei ist allerdings hier getrieben worden. Die Vermehrung der Reichsschulden im letzten Jahre rührt aus den Marine- und Militärvorderungen her, die doch von Seiten der Regierung gebilligt wurden. So lange so große Anleihen gemacht werden, ist eine jede Schuldentilgung die reine Spielerei. Eine Verringerung ist nur dadurch zu erreichen, daß man einmalige Ausgaben auf die laufenden Einnahmen übernimmt; in dieser Beziehung hat der Reichstag mehr geleistet, als die verbündeten Regierungen. Herr Sattler hat das Defizit höher berechnet als 70 Millionen. Ganz recht; die Verminderung der Aktiven muß in Rechnung gestellt werden; aber auch die Vermehrung der Aktiven und die Verminderung der Passiven. Es handelt sich nur um ein Kassendefizit. Auch ich berechne das Defizit um 18 Millionen höher als die Vorlage. Aber das Extraordinarium der Eisenbahnverwaltung, welches mit 20 Millionen aus den laufenden Mitteln gedeckt wird, ist eine Vermehrung des wachsenden Kapitals. Dazu gehört auch die Erneuerung des Oberbaues und der Betriebsmittel über den Betrag hinaus, der durch den Betrieb verbraucht wird. Eben solche Posten findet man bei der Bergwerks-, Forst- und Domänenverwaltung. Alles das zusammen ergibt eine Summe von 51 Millionen Mark. Dazu kommt das Plus von 41 Millionen Schuldentilgung, sodas 92 Millionen Verbesserung dem Defizit von 83 Millionen gegenübersteht. Das sind also 9 Mill. mehr. (Heiterkeit.) Es ist von anderer Seite schon darauf hingewiesen worden, daß der Etat sich schlechter stellt, weil man die Mehr-Einnahmen aus der Einkommensteuer verfassungswidrig nicht in den Etat einstellt. Um die paar Millionen Zuschlag für Schulen braucht man die Summe nicht zu kapitalisieren. Wenn über die schlechte Schuldentilgung geklagt wird, so vergißt man, daß 1887-90 270 Millionen Schulden ordentlich getilgt worden sind. Die Arbeiten könnten sehr beschleunigt werden, wenn das Haus verzichten wollte, über Dinge zu sprechen, welche es nicht an gehen, welche vor den Reichstag gehören. Sie erschüttern nur die Lust und haben nicht den geringsten Einfluß. (Heiterkeit rechts.)

Finanzminister Miquel: Wie die Einmüthigkeit im Reichstag sich stellen wird, wird sich zeigen, wenn die Reichstagsabgeordneten vor die Frage gestellt werden, ob sie ihre Heimatländer mit größeren Umlagen belasten wollen. Gegen die Frankenstein'sche Klausel hat Herr Nicker gestimmt; er sehe jetzt auf deren Standpunkt, hat also in diesem Falle einmal seine Meinung geändert. Wie der preussische Finanzminister sich im Staatsministerium über die Militärvorlage ausgesprochen hat, weiß man nicht. Darüber wird nicht publizirt und Herr Nicker wird also auch heute keine solche Publikation von mir erleben. Herr Nicker stellt unsere Verhältnisse als so glänzend dar, daß wir auch noch größere Forderungen des Reichs befriedigen könnten. Das ist aber nicht richtig. Wir haben schon seit 1890 keine Schulden mehr getilgt. Wir haben nicht einmal, wie die Privatbahnen Reservat- und Erneuerungsfonds, denn die Eisenbahn-Ueberschüsse sind bei uns in dauernde Ausgaben gesteckt worden, die wir gar nicht wieder los werden können. Die Ueberschüsse aus der Einkommensteuer werden nur bis 1895 aufgesammelt, nachher dienen sie dazu, den Ausfall der Steuern zu decken, auf die der Staat verzichtet hat. Einen Vortheil hat der Staat also davon gar nicht, denn jetzt werden die Zinsen

verwendet zur Dedung von Ausgaben für die Schul-Bezüge der vom Abg. Nicker aufgestellten Bilanz bemerkt ich, daß die z. B. für die Eisenbahnen aufgewendeten Mehrausgaben nicht immer verbendes Kapital darstellten. Durch den Neubau eines Bahnhofs soll z. B. nur die Aufrechterhaltung des bisherigen Betriebs ermöglicht werden, der Verkehr wird dadurch nicht verhärtet, das Staatsvermögen also nicht vermehrt. Der größte Theil der 41 Millionen Schuldentilgung kommt aus den Ersparungen durch Vereinfachung der Schuldentilgung der alten Privatbahnen, den andern Theil kann man ja für eine Vermögensverbesserung ansehen, dessen man sich aber auch nicht besonders rühmen darf, wenn die Schuldentilgung insgesamt nur 0,84 pCt. beträgt. Wenn wir noch die, auch von den Freisinnigen immer verlangte Gehaltsverbesserung für die mittleren und oberen Beamten, die noch notwendige auf 42 Millionen veranschlagte Flußregulirung und die weitere Landesmelioration durchführten wollten, so würden trotz aller Sparsamkeit und Kargheit unsere Ausgaben schneller wachsen, als die Einnahmen. Die Verbesserung der wirthschaftlichen Depression wird auch unserem Etat zu gute kommen, aber nicht genügend gegenüber den Anforderungen des Reichs. Ich glaube noch immer, daß der Abg. Nicker, der ja ein guter Kenner der Finanzen ist, zu Zeiten, wo die Einnahmen vermehrt werden sollen, immer zu sehr optimistisch ist und meint, es seien genug Einnahmen vorhanden, zu Zeiten dagegen, wo die Ausgaben vermehrt werden sollen, mit großem Erfolge auf die bedenkliche Finanzlage hinweist, die die Steigerung der Ausgaben keinesfalls gestatte. (Heiterkeit.) In der Militärkommission bezeichnete er die Aufstellung des Reichschatzleiters, wonach die Reichseinnahmen in den nächsten fünf Jahren um 80 Millionen steigen sollten, als völlig unhaltbar. Ich weiß nun nicht, welche Autorität größer ist. Jedenfalls wies Herr Nicker dem gegenüber auch auf die Steigerung der Ausgaben des Reichs hin, und die haben wir ja auch vor uns, z. B. die wachsenden Ausgaben für die Invalidenpensionen, Erhöhung der Beamtengehälter u. Da verschwinden die 80 Millionen Mehreinnahmen wie Wulter in der Sonne.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Abg. Nicker (persönlich): Ich habe allerdings gegen die clausula Frankenstein gestimmt, weil ich die neuen Steuern nicht haben wollte, zu denen die Klausel die Brücke bilden sollte. In der Militärkommission habe ich die 80 Millionen natürlicher Steigerung nicht als unwahrscheinlich bezeichnet, sondern hervorgehoben, daß die Einzelstaaten auf diese Mehreinnahmen Anspruch hätten.

Der größte Theil des Etats wird der Budgetkommission überweisen, der Rest soll im Plenum beraten werden.

Schluß 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Interpellation v. Kröcher; kleinere Vorlagen.)

Tokales.

Ein gutes Beispiel weckt Nachahmung, es wächst der Mensch mit seinen höheren Orden. Nachdem die berufenen kommunalen Vertreter des Freisinn den Piepmah und damit die nicht unbedeutende Aufmunterung zu feineren Manneigenschaften erhalten haben, ist ihnen gar mächtig der Ruf gekommen. Es soll jetzt aus Dankbarkeit für die gnädig empfangene Aufzeichnung der alte Antrag auf Bewilligung von 400 000 M. als Beitrag für die zum Gedächtniß Wilhelm I. zu errichtende Kirche wieder hervorgeholt werden und zu eifrig wird jetzt unter den noch nicht besternten Freisinnslämpen agirt, auf daß die 400 000 M. bewilligt werden. Auf dem Königstragen-Umfall 400 000 M. für den im Volke verhaßtesten aller Kirchenbauten; fürwahr, der Berliner Freisinn besitzt eine Vertretung, die seiner würdig ist.

Einiges vom Bund der Landwirthe. Aus wird von befehliger Seite geschrieben: „Gleiches Recht für Alle! Gleiches Recht für die Landwirtschaft, Industrie und Handwerk!“ So pojanen die wohlbedenenden Livollbräder in die Welt hinaus, ohne dabei aber an diejenigen zu denken, die ihnen das Brot verdienen: an die Arbeiter. Dasselbe Prinzip, welches die agrarische Bewegung durchzieht, herrscht auch in dem Haupt- und Zentralbureau des Bundes der Landwirthe, Hallestr. 18: das Prinzip der Ausplünderung und Anobentung der Arbeiter. Die Direktion des Bundes zahlt ihren Arbeitern im wahren Sinne des Wortes Hungerlöhne; ohne, bei denen man sich fragen muß, ob die Arbeiter sich dafür satt essen oder verhungern sollen. Während sonst bekanntlich vom Bund der Landwirthe für Agitationen und andere Zwecke das Geld oft zum Fenster hinausgeworfen wird, wird für die Arbeiter des Bundes in einer Weise gesorgt, die die Menschenfreundlichkeit der braven Junker in wahren Glorionschein erstrahlen läßt.

Durch verschiedene Entlassungen, die in dem Bureau d. B. stattgefunden haben, ist es uns möglich geworden, genaue Aufschlüsse über die dort herrschenden menschenfreundlichen Einrichtungen zu geben. Die Arbeiter werden mit 10-15 M. monatlich besoldet. Mit 75 M. läßt es sich ja kaum auskommen; was soll da Jemand mit 10-15 M., wie es eine große Anzahl der dort beschäftigten Arbeiter bekommt, beginnen? Nicht ein Huhn läßt sich dafür füttern, wie soll sich da ein Mensch einen Monat mit dieser Summe ernähren? — Doch wäre das alles noch zu verschmerzen, wenn die Arbeiter nicht noch in einer anderen, unverschämten Weise ausgegertelt würden.

Durch die Weihnachts- und Neujahrs-Freiertage hatten sich die Arbeiter, hauptsächlich in der Expedition derartig gehäuft, daß, um wieder in die Reihe zu kommen, täglich Ueberstunden, und zwar einige Tage bis 11 und 12 Uhr Abends gemacht werden mußten. Sonst waren die Ueberstunden immer bezahlt worden und kosteten die Arbeiter auch dieses Mal, sich dadurch noch einen Nebenverdienst zu verschaffen. Aber im Rathe des hohen Direktoriums war es anders beschloffen. Es wurde den Arbeitern bekannt gemacht, daß endlich einmal mit den Ueberstunden Schluss gemacht werden müsse. Wer nicht soviel Interesse an den Arbeiten des Bundes hätte, um unbezahlt Ueberstunden zu machen, den könne der Herr Direktor nicht gebrauchen. Wozu denn die Weihnachts-Gratifikationen gezahlt worden wären. — Prost! — Das waren für die enttäuschten Arbeiter 10-15 M. Verlust, die sie aus reinem Interesse für den Bund verlieren mußten, damit die Herren „bei der Leitung“ nicht noch mehr in Noth gerathen.

Glauben denn die Herren Agrarier, daß ihre Arbeiter durch solche Vorkommnisse Interesse an ihrer Arbeit bekommen? Ganz gewiß nicht! Was haben denn die Arbeiter von den Freiertagen gehabt, wenn sie dieselben durch Nacharbeit wieder einholen müssen? Was haben sie von der Gratifikation gehabt, wenn sie das ganze Jahr stundenlang umsonst arbeiten müssen? — Und nun sage noch einer etwas von christlicher und menschenfreundlicher Bestimmung im Direktorium des Bundes der wohlbedenenden Agrarier! Daß dieselben ihrem Namen Ehre machen, ist ja allgemein bekannt, daß ihre virtuose Ausbeutung aber einen solchen Grad annehmen würde, hätten wir doch nicht gedacht.

Kunst, Wissenschaft und Militarismus. Die Studenten der hiesigen Universität petitioniren des und wehmüthig bei der General-Intendantur der königl. Schauspiele um Gewährung besserer, billigerer und zahlreicherer Plätze im Opern- und Schauspielhause. Zur Begründung führen die Sänglinge an Minervens Briefen an, daß die 66 resp. 36 Plätze, die in beiden königlich preussischen Kunsttempeln für sie reservirt sind, nur eine sehr geringe Preisermäßigung genießen und ferner so schlecht sind, daß auf ihnen Ohren und Sehen die gleichen Schwierigkeiten bietet.

Etwas anderes ist es, wenn statt der Studenten die kunstverständigen Knaben mit dem Marschallstab im Tornister des Weges daher kommen. Will so ein junger Kadette den königl. Musiktempel mit seinem Besuch besuchen, so wird er stets im

Barrett untergebracht und zwar in Anbetracht der hohen Kunst kriegt er sein Plätzchen ganz umsonst; hat auch das Knäblein von der Kunst nicht den geringsten blauen Dunst.

Gewerbegerichtliches. Das Gewerbegericht-Gesetz bestimmt, daß bei Klageobjekten von über 100 M. den Parteien die Berufung gegen das Urteil an das Landgericht zusteht. Es kommt nun häufig vor, daß Arbeiter eines Unternehmens zu gleicher Zeit gegen denselben Klagen. Verschiedene Kammerordnungen versuchen in solchen Fällen, eine Verbindung der Klagen herbeizuführen, wenn die einzelnen Forderungen nicht bereits in einer gemeinsamen Klage geltend gemacht worden. Das Gesamtobjekt beträgt dann oft mehr als 100 M.; während bei einer getrennten Geltendmachung der Forderungen der verschiedenen Kläger jedes Objekt unter 100 M. betragen würde. Wird der Beklagte verurteilt, so steht bei der Verbindung der Klagen demselben jedes Mal die Berufung zu, wenn die verbundenen Klagen zusammen über 100 M. fordern, ungeachtet der Höhe des einzelnen Klageanspruchs. Die Folge ist, daß den Klägern besten Falles die eingeklagte Summe, deren sie vielleicht dringend bedürfen, auf längere Zeit unzugänglich ist. Deshalb ist davor zu warnen, erstens mehrere Klagen in einer vereinigt geltend zu machen; zweitens, mit der Verbindung mehrerer Sachen einverstanden zu sein, wenn dadurch das Objekt ein berufungsunfähiges wird. Sollte der Vorsitzende für eine Vereinigung der Klagen mehrerer Kläger eintreten, so thun die Kläger gut, sofort dagegen zu protestieren. In Fällen, wie den besprochenen, ist schon wiederholt die Berufungsinstanz in Anspruch genommen worden, was bei der gesonderten Behandlung der in Betracht gekommenen Klagen nicht möglich gewesen wäre.

Wenig bekannt ist noch die Bestimmung des § 52 des Gewerbegerichtsgesetzes, daß der obsiegenden Partei auf ihren (vor der Fällung des Urteils zu stellenden) Antrag eine Gebühr für die durch Wahrnehmung des Termins (oder der Termine) gebaute Zeitverräumnis zugesprochen werden könne. Die meisten Kläger beantragen diese Verräumnisgebühr nicht oder thun es erst nach der Urteilsverkündung, also zu spät. Am besten beantragt man gleich bei der Klageerhebung die Zurückzahlung der Verräumnisgebühr im Falle der Verurteilung des Beklagten.

Der „Mob“ wird wieder gestreift. Am Mittwoch Morgen veröffentlichte der „Lokal-Anzeiger“ eine Chronik der „Gesamtheit der darbenenden Arbeitslosen“. In Selbsteinschätzung hört nicht nur die Gemüthslosigkeit, sondern, wie wir heute belehrt werden, auch der „Mob“ auf, und so faßelt denn der unparteiische Arbeiterfreund des Langes und Breiten von der anständigen beschäftigungslosen Arbeiterwelt, von Ausübung verfassungsmäßiger Rechte, vom Menschenrecht der Darbenenden und ähnlichen Dingen mehr. Das Geschwafel des „Lokal-Anzeigers“ läuft schließlich auf die bekannte Erklärung hinaus, daß er, wenn er vom „Mob“ rede, erstens Alle davon ausnehme, die im Adressbuch stehen und zweitens Alle, die nicht drin stehen. So ist denn die Ehre des „Mobs“ gerettet und die „kleinen Leute“ in Berlin können weiter ihre Markt für den Unparteiischen opfern — wenn sie dumm und charakterlos genug sind, sich bei nächster Gelegenheit wieder ohrfeigen und freischeln zu lassen.

Au Schmod's Adresse. Der bald rechts, bald links und zuweilen sogar genial schreibende Herr Schmod im „Kleinen Journal“ zeigt sich ob der Verletzung, die wir gestern seinen lachseligen Schmiedchen Dähmerungen zugesagt haben, außerst betreten. „Vorläufig tanzt man“, so jammert er, „noch in Kadestiefeln und die Holzpantinen gehören fürs erste auf die Straße und in die Redaktion des Vorwärts“. Diese Sentenz soll nun keineswegs von uns angefochten werden, aber im Hause des Bedenklichen, dünkt uns, ist es nicht gut, vom Strid zu reden und in der Redaktion des „Kleinen Journal“ hätte man doch am ehesten Gelegenheit, sich zu vergewissern, daß Holzpantinen eine ganz probate Fußbekleidung sind, wenn man am Ende genöthigt ist, jemand einen Tritts zu versehen.

Abbitte leisten müssen wir dem hiesigen Intelligenzblatt. Die am Sonntag von uns ihm zugeschriebene Notiz über die Arbeitslosen-Versammlung haben wir ihm irrtümlich, in Folge der Verwechslung eines Zeitungsausschnitts zugeschoben. Das Intelligenzblatt hat also nicht geschrieben, daß die Polizei durch Verhören der Menge zu ihrem Vorgehen veranlaßt worden ist. Womit übrigens keineswegs der polizeifreundliche Charakter des erwähnten Organs eine Einbuße erleidet, der erst gestern glänzend zu Tage trat, als es in der Lage war, über die Anarchistenversammlung vom Dienstag zu berichten. Während nämlich alle Berliner Blätter, einschließend der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, keinen Anstand nahmen, die interessanten Enthüllungen des Metallarbeiters Brandt über die Spitze der Anarchistenversammlung wiederzugeben, begnügt sich das „Intelligenzblatt“, das sonst den gleichgültigsten Versammlungsflatsch, wenn er nur „pilant“ ist, mit erheuchelter Breite behandelt, mit der kurzen Mitteilung, daß Brandt eine weitläufige Schilderung von Ereignissen gab, aus denen hervorgehen solle, die Kriminalpolizei habe ihn zum Vigilanten anwerben wollen. Man sieht, so groß war unsere Sünde nicht, als wir das „Intelligenzblatt“ eines Ausdrucks züchten, der seiner Natur ganz außerordentlich angemessen ist.

Die Gasglühlicht-Gesellschaft fordert, was ihr Verhältnis zu den Arbeitern betrifft, immer mehr die Kritik heraus. Auf ein Inserat, daß sie vorgezogen im „Lokal-Anzeiger“ erlieh, meldeten sich 50 Leute zu Montage-Arbeiten, und zwar wurde ihnen ein Lohn geboten, der kaum für jugendliche Arbeiter hinreichend ist. Interessiren dürfte es die Berliner Arbeiterschaft, warum mit einem Male 50 Arbeiter eingestellt werden sollten. Dieselben sollten als Ersatz für 45 entlassene Arbeiter, die kürzlich eine Gewerkschafts-Versammlung besucht hatten, verwendet werden. Die Arbeitssuchenden wurden übrigens, nachdem ihnen sämtliche Papiere abgenommen waren, auf Mittwoch, Vormittags 10 Uhr, vertrieben. Nachdem die Arbeiter am Mittwoch aber bis 11 Uhr gewartet hatten, wurden sie mit der Aufforderung fortgeschickt, um 2 Uhr wiederzukommen und als sie um diese Zeit zurückkehrten, wurden ihnen einfach die Papiere retournirt! Wer entschädigte die Leute für die Zeit, die ihnen durch das Warten verloren gegangen ist? Die reiche Gasglühlicht-Gesellschaft sicherlich nicht.

Schamverletzung. Die Sittlichkeit ist bekanntlich in Berlin zur höchsten Potenz ausgebildet und strengen Blickes wacht der Schynmann in seiner ihm so überaus reizend leidenden Eigenschaft als Sittenzensor darüber, daß kein nackter weiblicher Körper sich in den Schaufenstern unserer Kaufhandlungen breit mache. In dieser so garten Rücksichtnahme auf die kleine aber einflußreiche Partei der Mäcker paßt nun schlecht ein Uebelstand, auf den eine hiesige Korrespondenz hinweist. An der Rückseite der Telegraphenbureau am Potsdamer Platz befindet sich ein Abort. Jede vom Potsdamer Bahnhof kommende Dame, welche in die Leipziger Straße einbiegen will, muß nothgedrungen die Männerwelt bei der Betrachtung ihrer Bedürfnisse sehen, da eine Thür oder sonst eine Schutzvorrichtung nicht angebracht ist. In allen anderen Anstalten wird gebeten, die Kleider in der Anstalt zu ordnen, — und in diesem Fall sollte es nicht einmal möglich sein, eine Wand aus Blech anzustellen? Im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit wäre dieses dringend geboten.

Ein schneidiger Mann ist der bei der Neuen Omnibus- und Pöckelbrot-Gesellschaft als Direktor angestellte Major v. Endheim. Die Angestellten der Gesellschaft versammelten sich in der Neujahrsnacht nach altem Brauch bereits um 12 Uhr in den Geschäftsräumen, um mit der Sortirung der Briefe und Karten rechtzeitig fertig zu sein. In früheren Jahren genossen die An-

gestellten bei dieser Thätigkeit insofern einer etwas größeren Freiheit als sonst, als ihnen erlaubt wurde, während der schweren Arbeit, die überdies nicht einmal apart bezahlt wird, eine Zigarre zu rauchen und auch eine Weisse zu trinken. Auch in der letzten Neujahrsnacht machten die Angestellten von dieser harmlosen „Freiheit“ Gebrauch, ohne zu bedenken, daß ein neuer Vorsteher in Amt und Würden gekommen war, der als neuer Wesen auch gut lehren wollte. Der neue Vorsteher, ein Herr Grotmann, der von dem „Unfug“ Kenntnis erhielt, keilte sich, der Direktion diese Pflichtwidrigkeit sofort zu melden. Die Folge der Denunziation war, daß am 3. Januar das gesamte Personal des Bureau II, kleine Frankfurterstr. 11, sich versammeln mußte, um eine gehörige Strafpredigt über die verübte Pflichtwidrigkeit entgegen zu nehmen. Als das Donnerwetter zu Ende war, wagte der Fußschaffner Karl Dams, der seit 1887 bei der Gesellschaft angestellt ist, als ältester der Sünden, dem gestrengen Herrn Major mit einigen Entschuldigungsworten den Weg zu treten. Doch kaum hatte Dams mit den Worten: „Herr Major“ begonnen, so schaltete ihm die Antwort entgegen: „Halten Sie das Maul, Sie sind entlassen!“ Dabei blieb es. Alle Bitten halfen nichts; der Mann, der 6 Jahre und 9 Monate seine Pflicht gethan hatte, lag auf dem Straßensplaster und mag jetzt sehen, wie er sich mit seiner Frau und seinen drei Kindern durchschlägt.

Ein Spielerprozeß im Kleinen wird sich voraussichtlich demnächst hier abspielen. Ein auf hiesigen Neujahrsplätzen bekannter Buchmacher und erfarmer Bürger hat in der Nähe von Oranienburg eine Jagd erachtet, zu der er Einladungen in bereitwilligster Weise ergehen läßt. Seine Gäste bereitet er durch das Jagdvergnügen auf ein anderes vor; denn dem Jagen folgt ein Feuer. In den Geladenen gebietet jüngst auch ein Gastwirth aus dem Norden Berlins, der bei dem „Nachspiel“ um die gesamte mitgeführte Baarschaft gebracht wurde. Im Hinblick hierauf hielt er die Jagd für ein recht zweifelhaftes Vergnügen und gab einem Gendarm Kenntnis. Als nun meine Tante, meine Tante anderen Tages hier Erwähnung fand, öffnete der Gastwirth auf ein verabredetes Zeichen dem Beamten die verschlossene Thür, und es gelang nicht nur, die Gesellschaft zu überraschen, sondern auch festzustellen, daß geknickte Karten benutzt worden waren.

Ein braver Parteigenosse, der Maurer Gustav Freier, ist am letzten Sonntag nach dem Schöneberger Friedhof zur letzten Ruhe geleitet worden. Freier starb in der Blüthe seiner Jahre, 34 Jahre alt, von Herzen betrauert von allen, die mit ihm in der schlimmsten Zeit des Ausnahmestandes Schulter an Schulter gekämpft haben. In zahlreichen, mit entsprechenden Inschriften versehenen Kränzen bewiesen die Schöneberger Parteigenossen dem Selbigen viel zu früh Verstorbenen ihre Achtung und an seinem Grabe erging das stille Gebetswort, nach seinem Beispiel weiter zu kämpfen für das große Ziel: die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Sklavenketten des Kapitalismus.

Ueber eine Cyperre der „Vorwärts“-Druckerei seitens des Vereins der Stereotypen wissen seit einigen Tagen hiesige bürgerliche Blätter zu erzählen. Wir würden auf dieses sabs Gewäsch nicht weiter eingehen, wenn nicht das Organ des königlichen Polizei-Präsidenten in einem einseitigen Bericht die ganze Angelegenheit mit wenig Takt und desto mehr Bohagen breitgetreten hätte. Nach von uns eingezogener genauer Information liegt die Sache wie folgt:

Der ganze Streit dreht sich um die von Seiten des Herrn Schimansky dem Geschäftsleiter gegenüber ausgesprochene Kündigung. Während ersterer behauptet, die Kündigung nur in der Form ausgesprochen zu haben, daß er sich ernstlich nach anderer Arbeit umsehen würde, behauptet der Geschäftsleiter, die Kündigung sei ihm in positiver Form gegeben. Von der in Verfolg dieses Streites veröffentlichten Bekanntgabe des Vorstandes der Freien Vereinigung der Stereotypen, daß in der Pöckelbrot-Druckerei kein Vereinsmitglied Stellung nehmen sollte, bevor nicht die Versammlung gesprochen habe, ist festgestellt worden, daß diese Bekanntgabe ohne Vorwissen eines großen Theils der Vorstandsmitglieder publizirt ist. Somit fallen alle die von gegnerischen Blättern aus dieser scheinbar offiziellen Bekanntgabe gezogenen hässlichen Schlüsse in sich zusammen.

Die sich mit dieser Angelegenheit am Sonntag bezeichnende Versammlung der Freien Vereinigung der Stereotypen nahm nach zirkulär gläubiger, zum Theil sehr erregter Debatte, bei fast gelichteten Reihen eine Resolution dahingehend an, daß sie zu der Ansicht gekommen sei, es könne doch bezüglich der Kündigungsform Schimansky's beiderseits ein Irrthum obwalten. Herr Schimansky sowohl wie auch der Geschäftsleiter erklärten sich, letzterer lediglich des lieben Friedens willen, mit dieser Beilegung des Streites einverstanden. Die von einem Anwesenden angeregte Frage, die Druckerei für Vereinsmitglieder zu sperren, wurde sofort von mehreren Seiten für unangebracht bezeichnet und nicht weiter diskutiert. Damit ist die Angelegenheit für uns erledigt.

Verichtigung. Auf Wunsch von Frau Bertha Graf, vern. Hensel, berichtigten wir gerne, daß der eine, der am 23. Januar 1887 verunglückten Parteigenossen nicht Henschel, sondern Hensel heißt.

Vielerlei im Klassenrat. In einem Arbeitswagen wurde gestern die Leiche des am Freitag voriger Woche von einem Eisenbahnzuge überfahrenen Saafners Dahn der in Charlottenburg wohnhaften Familie des Verunglückten zugeführt. Es war ja auch nur ein Arbeiter!

Die Schneidigkeit des Hauptmannsohns. Die leidige Spielerei der Söhne ihrer Eltern mit Schusswaffen führte heute den 13-jährigen Gymnasialsohn Fritz Fischhoff, den Sohn des Hauptmanns J. D. Bischoff in Spandau, vor die zweite Strafammer am Landgericht II. Der jugendliche Angeklagte machte am 8. April v. J. Schießübungen mit einem Leßlein, wobei ihm der in demselben Hause in Pension befindliche Knecht Klagenmann als Schreibensdiener diente. Zuerst schoß der Angeklagte aus dem Fenster der elterlichen Wohnung nach einer 33 Schritte entfernten Scheibe, später nach einer Blechbüchse, die in eine Wodenute eingeklemmt war. Auch hier mußte der Spielgefährte den Sitz der Treffer angeben. Obwohl der Schütze vor jedem Schusse rief: „Zieh Scheibe ich!“ so erhielt der kleine Klagenmann doch unverfehrt einen Schuß in das Auge. Das 4 mm starke Geschoss geriet das Auge vollständig. Mit einem Glasauge wurde der Verletzte aus der Klinik entlassen. Der in Stettin wohnhafte Vater des Verunglückten stellte Strafantrag und trat dem Verfahren als Nebenkläger bei. Das Spandauer Schöffengericht wies zwar den Vater des Verlegten als Nebenkläger ab, verurtheilte aber den Angeklagten zu 400 M. Geldstrafe. Wegen dieses Urtheil wurde von beiden Seiten Berufung eingelegt, vom Nebenkläger, weil er als solcher nicht zugelassen worden war, vom Vater des Angeklagten, weil er die erforderliche Einsicht seines Sohnes von der Strafbarkeit der inkriminirten Handlung bestritt. In der heutigen Verhandlung vor der Berufungsinstanz erklärte der Anwalt des Nebenklägers, Rechtsanwalt Wielitz, Stettin, daß er die Berufung seines Mandanten zurückziehe, da die Parteien einen Vergleich geschlossen hätten. Rechtsanwalt Neumann-Spandau suchte für den Angeklagten dessen Unschuld nachzuweisen und die mangelnde Einsicht geltend zu machen. Der Gerichtshof motivirte aber die beschlossene Verwerfung der Berufung damit, daß man bei einem Schüler der Untertertia so viel Einsicht voraussetzen müsse, um die Gefährlichkeit der Spielerei mit Schusswaffen und die Strafbarkeit etwaiger Körperverletzungen zu erkennen. Eigentlich wäre eine Gefängnisstrafe am Platze gewesen, es möge aber bei einer Geldstrafe sein Begehren haben, weil die Schuld mehr dem Vater treffe als dem Sohn, denn keineswegs sei es in der Ordnung, Schusswaffen den Kindern

als Spielzeug zu geben. Die Geldstrafe müsse aber auch eine sehr hohe sein, einmal wegen der schweren Folgen dieses einen Falles und zum anderen, weil durch das Spielen der Kinder mit Schusswaffen schon so entsetzlich viel Unheil angerichtet worden sei. Sämmtliche Kosten der beiden Instanzen wurden dem Angeklagten auferlegt.

Der heilige Geist preußischer Beamten-Schneidigkeit, der, wo er auch einkehrt, von Königsberg bis Kamerun sich gleicher Beliebtheit beim Publikum erfreut, steigt in bedenklicher Höhe auch immer mehr auf die südlichen Angestelltesten herab. Von den Bewohnern der nördlichen Stadttheile unserer königlich preussischen Haupt- und Residenzstadt wird lebhaft Klage geführt über das Verhalten der bei der südlichen Gasanstalt in der Müllerstraße angestellten Beamten. Es kommt dort vor, daß des Morgens kein Koaks u. s. w. zum Verkauf vorhanden ist, weil am Tage vorher die Nachfrage sehr groß gewesen und die Marken dann vergeben sind, gegen die man das Verlangte erst erhält. Anstatt, daß man den Restanten, die in solchem Fall des Morgens kommen, von der Lage der Dinge Mittheilung macht, läßt man sie einfach stehen und warten; ja es soll vorgekommen sein, daß der Portier die bereit Dapirten schließlich noch angeschauert hat. Unseres Erachtens vergiebt die Direktion der Gasanstalt nichts von ihrer Härde, wenn sie das Publikum, etwa durch Aushängen eines Plakats, in solchen Fällen höflich darüber unterrichtet, daß auf der Gasanstalt nichts zu holen ist.

Eine neue Postanstalt tritt am 1. Februar in Berlin W., Yorkstr. 44a, in Wirksamkeit. Bei dieser Postanstalt dürfen aber keine Pakete mit und ohne Werthangabe — eingelieferte werden. Die Annahme von Bestellungen auf Zeitungen und Zeitschriften, sowie die Ausgabe von Zeitungen findet daselbst ebenfalls nicht statt.

Die gerichtliche Cessung der unverschämten Anna Winkler hat, obgleich das Sachverständigenurtheil noch bis zum letzten Augenblick einen natürlichen Tod annahm, als Todesursache Erstickung ergeben. Dadurch ist aber die Sachlage für die kriminalistische Beurteilung noch keineswegs klargestellt. Der Erstickungstod kann ohne Zuthun einer dritten Person herbeigeführt sein, möglich ist aber auch, daß eine beabsichtigte Tödtung vorliegt. Für die erstere Annahme spricht der Umstand, daß die Winkler an Krämpfen litt, sich auf dem Bette umhergewälzt haben kann und unter dem Kissen, das über ihrem Kopfe lag, erstickt ist. Eine Weibdecke, die vor der Bettstelle lag, ließ gleichfalls darauf schließen, daß die Winkler sich in Krämpfen umhergewälzt und sie dabei mit den Füßen herausgehoben habe. Dem entgegen steht, wie bereits früher gemeldet, das Fehlen der Geldtasche und der Schlüssel, sowie den Umstand, daß der bereits mehrfach erwähnte Mann, der nach den äußeren Merkmalen ungewisshaft ermittelt werden wird, sich noch nicht bei der Kriminalpolizei gemeldet hat. Die Ermittlung dieser Person bildet jetzt den Kernpunkt der ganzen Untersuchung. Allerdings hat er, falls ihm eine Schuld zur Last fällt, guten Grund, sich zu verbergen. Ferner spricht gegen einen natürlichen Tod, daß abgesehen von den Fäden, die die Winkler auf der Brust zeigte und die auch jetzt noch für Todtenfäden gelten müssen, bei der Beichendöffnung unter der Haut mehrere Stellen entdeckt worden sind, die von Gewaltanwendung Zeugniß ablegen. Diesen Stellen konnte, da sie bei der polizeilichen Besichtigung nicht wahrnehmbar gewesen sind, bei der kriminalischen Beurteilung des Falles bisher nicht Rechnung getragen werden. Uebrigens dürfte, falls der gesuchte Mann als Thäter angesehen wird, noch sehr zweifelhaft erscheinen, ob er die Tödtung der Winkler vorsätzlich und mit Ueberlegung, also einen Mord begangen hat. Denn, wenn dies zuträfe, würde er zweifellos kaum die Gänther eingeladen haben, zugleich mit der Winkler in seiner Gesellschaft zu verweilen. Außerdem dürfte aber auch die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen sein, daß außer dem genau beschriebenen noch ein anderer Mann in der Wohnung der Winkler gewesen ist.

Durch Leuchtag sind in der christlichen Herberge zur Heilmath, Drauisenstr. 105, zwei Gäste vergiftet worden. Am Dienstag Abend lehrten dort die beiden Schneider Emil Winkel und August Albert ein. Sie erhielten in einem im dritten Stock des Hauses belegenen Schlafraum Nachtquartier. Nachdem beiden um 9 1/2 Uhr die Schlafstellen angewiesen waren, wurde eine Viertelstunde später die in dem Zimmer befindliche Gasflamme durch einen Hausdiener ausgedreht. Als heute Morgen um 6 1/2 Uhr gewacht wurde, fand man das Zimmer der beiden Schneider von innen verriegelt. Da sich auch die Gasse nicht meldeten, rief der Herbergsvater in Gemeinschaft mit einem Hausdiener das Schloß ab. Beim Eintreten nahmen sie einen starken Gasgeruch wahr und fanden die beiden Gäste tödtend in ihren Betten vor. Weibchen wurden in einen lustigen Raum gebracht, wo sie sich etwas erholten. Tann sorgte das 28. Polizeirevier für ihre Ueberführung nach der Charite, wo sie noch vernehmungsunfähig darniederliegen. Daher kann noch nicht sicher ermesen werden, ob einer von den beiden den Gashahn wieder aufgedreht oder ob der Hausdiener ihn nicht völlig verschlossen hatte.

Selbstmord. Wegen eines verhältnismäßig geringfügigen Vergessens sollte sich am Mittwoch Morgen der 35 Jahre alte Kutcher Hermann Kendschewski vor dem Strafrichter verantworten. Er war beschuldigt, am Pfingsten v. J. in dem Jubelbrenn L. in der Waldstraße gehobenes Pferd mit einer Wagentrange in der Erregung niederschlagen zu haben. Seit dieser Zeit zeigte Kendschewski ein sehr aufgeregtes Wesen. Oestern Abend um neun Uhr verließ er seine Wohnung mit der Erklärung, daß er erst spät in der Nacht heimkehren werde. Als die Ehefrau heut früh erwachte, fand sie den Hausschlüssel, den ihr Mann mitnehmen sollte, an seinem Platze. Ein Anblick vermurrtend, dachte sie über den Grund nach, der ihren Mann an der Rückkehr nach Hause verhindert haben könnte, als ein Schuhmann die Vorkasche brachte, daß der Vermittler an einem Latzen aus dem Grundstücks Thurmirabe 33 als Leiche hängend aufgefunden worden sei. Die Ehefrau ist mit fünf Kindern im Alter von einem bis zu acht Jahren in bitterer Nothlage zurückgeblieben.

Vom 18. Januar. Entgegen der Erklärung des Herrn Lital, Friedenstraße 5, wird uns von beteiligter Seite die bestimmte Mittheilung, daß dieser Herr in seiner Eigenschaft als Portier doch der ins Haus hereinströmenden Polizei auf ihr Befragen mitgetheilt hat, daß sich im Hause Blüchtige verborgen hielten.

Polizeibericht. Am 23. d. M. Morgens wurde im Männer-Siechenhause in der Fiedelstraße ein Hospitalit erhängt vorgefunden. — Als Nachmittags ein Dienstmann mit einem schwer beladenen Handwagen die Invalidenstraße entlang fuhr, fiel er vor dem Charite-Grundstück infolge eines Fehltritts zur Erde, geriet unter die Räder und erlitt eine schwere Verletzung des Unterschenkels. — Abends fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beitrag.

Wegen Aufreizung zum Klassenhass stand am Montag der Buchhändler Ernst Freist vor der I. Strafammer des Landgerichts I. Der Angeklagte soll bei Gelegenheit einer öffentlichen Versammlung einem Geheimen, den er nicht erkannte, ein Exemplar des verbotenen „Viederbuchs“ für das arbeitende Volk“ verkauft haben. Der Staatsanwalt erachtete hiermit das Thatbestandsmerkmal des Aufreizungsparagrafen für gegeben und beantragte einen Monat Gefängnis. Der Gerichtshof konnte aber das erforderliche Kriterium der „Offentlichkeit“ nicht anerkennen und verurtheilte den Angeklagten auf Grund des § 28 des Preßgesetzes wegen Verbreitung einer beschlagnahmten Druckschrift zu 1 Woche Gefängnis.

Soziale Ueberlicht.

Achtung, Schuhmacher! Kollegen, die gewillt sind, an der Verbreitung des Flugblattes zu der am Montag, den 29. Januar stattfindenden Versammlung mitzuhelfen, werden ersucht, sich am Sonntag, den 28. Januar, Morgens 7 1/2 Uhr, bei Peter Jon, Veteranenstr. 21, einzufinden.

Der Vorstand

des Vereins deutscher Schuhmacher (Berlin II).
J. A.: Paul Strud, Feldstr. 12.

An alle in der Schuhindustrie sowie Filzschuhbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen! Kollegen und Kolleginnen, schon oft ist der Mahnruf an Euch ergangen, Mitglieder der Organisation zu werden. Jedoch ist es nur eine kleine Zahl von den 15 000 Schuhmachern, die hier beschäftigt sind, welche diesem Rufe Folge geleistet haben. Wir rufen Euch nochmals zu: Denkt an Eure traurige Lage. Bei übermäßig anstrengender Arbeit verdient Ihr nur soviel, damit Ihr nicht dem Hungertode verfallt. Kollegen! Macht auf Euch selbst, raßt Euch auf und werdet Mitstreiter für die gerechte Sache, damit wir dem Kapital gegenüber eine Macht bilden, denn nur vereint sind wir alles, vereinzelt sind wir nichts.

Und nun, Kollegen und Kolleginnen, beherzige ein jeder die schon oft ergangene Aufforderung und schließt Euch alle dem Verein deutscher Schuhmacher an.

Zu diesem Zwecke findet am Montag, den 29. Januar, im Lokale Rosenthalerstr. 11/12 eine Versammlung des Vereins deutscher Schuhmacher statt, in welcher der Reichstagsabgeordnete Kollege Brühne einen Vortrag über: „die sozialreformatorische Bewegung in Deutschland“ hält.

Thue ein jeder seine Pflicht und erscheine alle in dieser Versammlung.

Der Vorstand des Vereins deutscher Schuhmacher
Berlin II.

J. A.: Paul Strud, Feldstr. 12.

Rummelsburg. Parteigenossen! Die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl für Rummelsburg-Vorhagen und Riech-Rummelsburg liegen bis 30. Januar im Gemeindegemeindeamt zu Rummelsburg aus. Wir erachten es für eine Pflicht der Parteigenossen, die Wählerlisten einzusehen. Es ist zu empfehlen, daß die Betreffenden ihre Steuerquittung mitnehmen, um eine sofortige Nachtragung veranlassen zu können. Diejenigen die keine Zeit zum Einsehen der Wählerlisten haben, mögen sich beim Vertrauensmann melden und ihre Stenerzettel mitbringen.

Zorgbert, Vertrauensmann,

Rummelsburg, Schillerstr. 8.

Achtung! Metallarbeiter! In der „Deutschen Geselligkeits-Vereinigung“ sind 14 Monteurs entlassen, angeblich wegen „Einschränkung des Betriebes“, augenscheinlich jedoch deshalb, weil dieselben es gewagt haben, die Zustände dieser Mißverhältnisse öffentlich zu brandmarken, denn durch den „Kolossal-Angeiger“ sucht die Firma bereits Ersatzkräfte für die Entlassenen. Zur Klarstellung der Verhältnisse des ganzen Betriebes findet heute, Donnerstag, den 25. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, bei Volk, Alte Jakobstr. 75, eine öffentliche Versammlung statt, zu welcher die Arbeiter und Arbeiterinnen der Gesellschaft, sowie alle diejenigen Kollegen eingeladen werden, die etwa gedanken, dort in Arbeit zu treten. Die besonders beteiligten Branchen, wie Klempner, Rohrleger, Schlosser u. werden um zahlreiches Erscheinen ersucht, ganz besonders aber werden die gesonnenen Kollegen der Firma Hirsch eingeladen, wie auch sämtliche Arbeitnehmer der Fabrikate jener Gesellschaft. Im übrigen verweisen wir auf das Inserat im heutigen „Vorwärts“.

Otto Raether, N. Anklamerstraße 44.

An die Lagerhalter der Konsumvereine!

Bei der letzten Zusammenkunft der Vertrauensmänner ist beschlossen, die Kollegen allerorts aufzufordern, nicht zu verfallen, bei den Verwaltungen zu beantragen, daß am ersten Mai d. J. die Geschäftslokale nicht geöffnet werden. Wir rechnen bei diesen Anträgen ganz besonders auf die Unterstützung der Parteigenossen.

Die Redaktionen sämtlicher Arbeiterzeitungen werden gebeten, dies zu veröffentlichen.

J. A.: Ernst Wenz, Chemnitz, Lousenstr. 8 II.

Die Ausrufe, die Vöhrungen der bei Bau- und Erdarbeiten beschäftigten Arbeiter im Wirtshaus vorzunehmen, ist an dieser Stelle schon mehrfach gerügt worden. Gegen diesen Unfug hat sich nun kürzlich auch der Vorsitzende des Düsseldorf'schen Gewerbegerichts gewandt, indem er folgendes Rundschreiben an die Gewerbegerichts-Beisitzer richtete:

Euer Wohlgebornen theile ich hierdurch ergebenst mit, daß nach Angabe des Sekretärs der Fall hier häufig vorkommen soll, daß die im Bauhandwerk beschäftigten Arbeiter in den Wirtshäusern gelüftet und häufig bis 10 Uhr Abends, in einzelnen Fällen sogar bis 12 Uhr, auf Auszahlung ihres Lohnes warten müssen. Dieses Verfahren führt für den Arbeiter und seine Familie, ganz abgesehen davon, daß es nach dem § 115a der Gewerbe-Ordnung ohne Genehmigung der unteren Verwaltungs-Behörde nicht statthaft ist, zu so viel Unzuträglichkeiten, daß es meines Erachtens dringend geboten erscheint, auf Abstellung desselben hinzuwirken.

Aus diesem Anlaß ersuche ich die Herren Beisitzer um ausführliche Mittheilung, sofern derartige Fälle auch zu ihrer Kenntnis gekommen sind, um eventuell durch eine Eingabe an die königliche Regierung eine Abhilfe des Uebelstandes herbeizuführen.

Düsseldorf, den 8. Januar 1894.

Der Vorsitzende des königlichen Gewerbegerichts
Heinr. Kademacher.

Es wäre wünschenswert, daß in anderen Städten ein ähnliches Vorgehen beliebt würde, um solchen Unwesen zu steuern.

Arbeitsfürsorge auf dem Lande. Unseren Agrariern bleibt es angelegentlich ein Räthsel, warum immer mehr von der Landbevölkerung ihrer „väterlichen“ Fürsorge sich entziehen, indem sie ihren Wohnort nach der Stadt verlegen. Ein weiterer Beitrag zur Lösung dieses Räthfels — das für uns freilich niemals eines war — möge durch folgendes gegeben sein: Der Arbeiter W. war in der Brennerlei des Amtmanns A. in A. a. h. als Brennermeister beschäftigt. Die Entlohnung sollte bestehen in freiem Unterhalt und einem Lohn, der prozentual nach der Menge des produzierten Spiritus berechnet werden sollte. Die Arbeitszeit war mindestens 12 Stunden pro Tag. Nach sechs Wochen erklärte der Herr Amtmann dem W., daß sein Lohn für diese 6 Wochen sich auf zwölf Mark belaufe und zahlte ihm diesen Betrag aus. W. gab hierauf die Arbeit auf und verlangte seine Invaliditätskarte und sein Quittungsbuch der Krankenkasse. Der Amtmann verweigerte beides. W. wandte sich nun an den Amtsvorsteher, bei dem er sich schriftlich angemeldet und bei dem er bei seinem Eintritt in das Arbeitsverhältnis zur Krankenkasse angemeldet wurde. Von diesem erhielt er nachfolgenden Bescheid:

„Auf Ihr Gesuch vom 16. d. Mts. um eine Abmeldebescheinigung erwidere ich Ihnen, daß Sie sich bei mir weder an- noch abgemeldet haben, mithin kann Ihnen auch eine solche

diesseits nicht ausgestellt werden. Ebenso verhält es sich mit einer Bescheinigung über die Dauer Ihres Aufenthalts hierseits. Hinsichtlich der Marken zu Ihrer Invaliditätskarte bemerke ich, daß nach Angabe des Amtmanns A. hierseits Sie überhaupt keinen Lohn verdient haben, sondern Ihnen nur freier Unterhalt gewährt worden ist, in diesem Falle sind Sie nach § 3 Abs. 2 Ges. vom 22. Juli 1889 nicht versicherungspflichtig. 12 Mark, welche Sie als Vorschuß erhalten haben, wird Herr A. von Ihnen zurückfordern. Das Quittungsbuch der Krankenkasse verweigert Ihnen letzterer auszubändigen, da Sie den Antheil, welchen Sie beigetragen verpaidet sind, nicht bezahlt haben.

Der Amtsvorsteher.“

(Unterschrift.)

An
den Brennermeister Herrn W.

J. A. 12.

Es geht wirklich nichts über die Bescheidenheit, wie sie auf dem Lande gepflegt wird. Das die Landarbeiter anfangen, das Verständnis für diese angeborene gute Eigenschaft unserer Acker- und Fiselgrafen zu verlieren und scharenweise nach Amerika auszuwandern oder nach der Stadt ziehen, daran ist natürlich die „Verbeugung“ seitens der sozialdemokratischen Agitatoren schuld. Wo sind die schönen Zeiten hin, da noch ein Tracht Prügel für jedes Vergehen appliziert werden konnte (soll allerdings auch heute noch oftmals vorkommen), die Zeiten, wo dem Schloßherrschaft das „Recht der ersten Nacht“ zustand? Heute nimmt die „Unbotmäßigkeit“ der Landbevölkerung immer mehr zu, sie lassen sich von sozialdemokratischen Ideen mehr und mehr „umgarnen“. Schade, zu schade — für die Junker.

Wie die Apotheker mit den Krankenkassen umgehen, dafür liefert folgendes „Eingekauft“ in Nr. 6 der „Pharmazeutischen Zeitung“ einen drastischen Beleg:

„Zu dem Artikel „Krankenkassen“ des Herrn Dr. Landmann (der genannte Arzt dürfte den Kassenvorständen durch sein Eintreten für die Verminderung der Arzneikosten bekannt sein. Red.) erlaube ich mir, Ihnen nachstehende kleine Episode aus hiesiger Gegend mitzutheilen, die vollständig wahrheitsgetreu ist. Eine kleine Apotheke hiesiger Gegend war von dem Wohlwollen zweier Ärzte vollständig abhängig; diese beiden Ärzte reduzierten vor einem Jahre infolge der Nothlage des Herrn Dr. Landmann ihre Honorarungen um reichlich 60 pCt., so daß der Apotheker gezwungen war, einmal den Krankenkassen den Rabatt von 25 pCt. zu kündigen und dann einen dritten Arzt heranzuziehen, der sich nicht von Herrn Dr. Landmann Vorschriften machen lassen wollte. Der Erfolg des Apothekers war ein unvorhergesehen. Infolge der Streitigkeiten verlor der eine Arzt bald alle Privatpatienten und muß den Ort verlassen, während der zweite Arzt ebenfalls aus denselben Gründen außer einer großen Anzahl von Privatpatienten auch eine große Kasse von über 1000 Mark fiktiv verlor, so daß auch dieser Arzt bald den Schauplatz seiner Thätigkeit verlassen mußte, während der neue Arzt, ein jüngerer Mann, binnen kurzer Frist eine große Praxis sich erobert hat und gar nicht daran denkt, Herrn Dr. Landmann Heeresfolge zu leisten. — Sollten doch alle Apotheker energisch gegen die Agitation des Herrn Dr. Landmann und Genossen Front machen und geschlossen allen Krankenkassen, welche den Kassenzinsvorschriften machen, den Rabatt kündigen und andere Ärzte zuziehen, da werden auch die Ärzte zu der Ueberzeugung kommen, daß sie gegen ihre Apotheker größere Verpflichtungen haben als gegen Herrn Dr. Landmann.“

Also wenn ein Arzt zu der Erkenntnis gebracht wird, daß sein Wohlwollen den Kassenvorstellern gegenüber besser angebracht ist, als gegenüber dem Apotheker, dann ist es mit der Freundschaft aus, dann giebt es „Streitigkeiten“, d. h. Apotheker-Chikanen, deren Wirkung sich bis tief in die Kreise der Privatpatienten hinein erstreckt. Ein „jüngerer Herr Kollege“, dessen Verschreibungsweise noch durch keine bessere Einsicht angekränkt ist, wird herangeholt und durch die Empfehlung des Apothekers bei der Privatambulanz in den Sattel gehoben, so daß der Andere sein Bündel schnüren muß. Dann hat der Apotheker seinen Proffit gerettet, d. h. auch nur so lange, bis die Kassen sich sein Beispiel zu nütze machen und gemeinsam einen Arzt engagieren, der auf Kompagniegeschäfte mit dem Apotheker verzichten kann.

Herr Doktor Schall, der sich durch sein freimüthiges Werk über die Sozialdemokratie vortheilhaft bekannt gemacht, hinterher aber verfuhr hatte, öffentliche Arbeiterversammlungen zu mißbrauchen, um sich bei der herrschenden Masse wieder lieb zu machen, ist nun glücklich bis auf die „evangelischen Arbeitervereine“ gekommen. Dieser Tage wird er in Gera in einem solchen Verein sprechen. Offenlich folgen die Geraer Klassenbewußten Arbeiter dem Rathe des dortigen Partei-Organs und bleiben diesen Reklameversammlungen, wo sie durch Herrn Schall selbst in Gefahr gebracht werden können, „Verbrechen“, wie Majestätsbeleidigungen zu begehen, fern.

Arbeitslosen-Unterstützungen in der Schweiz. Bei der Arbeitslosen-Kommission in Zürich meldeten sich bis vorigen Donnerstag 588 Arbeitslose, worunter 258 Verheirathete mit 495 Kindern. In der in der Kasse eingerechneten Küche essen täglich 60-70 Personen und 45 Familien lassen das Essen holen. Mit Lebensmitteln und Baargeld wurden bis jetzt 112 Familien mit 226 Kindern unterstützt.

In Bern haben sich bei der Arbeitslosen-Kasse bis jetzt 201 arbeitslose Mitglieder gemeldet, wovon 133 verheirathet, 12 Wittwer und 56 ledig. Die Kinderzahl beträgt 253. Die ausgegabene Unterstützung beträgt 2700 Fr., wobei freiwillige Gaben von 1000 Fr. inbegriffen sind.

Versammlungen.

„Die Vorgänge nach der Arbeitslosen-Versammlung am 18. Januar und die Vorbereitungen der politischen Polizei zu derselben.“ So lautete die Tagesordnung einer Volksversammlung, welche am 23. Januar im großen Saal der Brauerei Friedrichshain stattfand und die von circa 2500 Personen besucht war. Bis zu jenem denkwürdigen Tage, so war auch diesmal in verschiedenen Gebieten der Nebenstraßen, in den Parkanlagen des Parks, sowie in den Räumlichkeiten der Brauerei selbst, eine große Polizeimacht bereit gehalten. Zu welchem Zweck, war nicht recht ersichtlich. Der Einberufer Fischer Schrad (Unabhängiger) eröffnete 8 1/2 Uhr die Versammlung. Bureauwahl fand nicht statt. Er übernahm die Leitung der Versammlung. Als erster Redner zur Tagesordnung erhielt alsdann Wilhelm Berner das Wort. Die heutige Versammlung werde die nöthige Klärung über die Vorgänge am 18. Januar bringen. Letztere hätten gezeigt, daß nicht, wie es im Sprichwort heiße, der Deutsche nur Gott, sondern auch die Polizei zu fürchten habe. Ueber die Vorgänge wolle er nicht weiter sprechen, die Presse aller Parteidattirungen habe sich eingehend mit denselben beschäftigt und nur mit wenigen Ausnahmen die Haltung der Polizei übereinstimmend aufs schärfste verurtheilt. Daß sie über die Vorkommnisse nicht falsch berichtet habe, werde die Diskussion beweisen. Metallarbeiter Emil Brandt erzählte hierauf unter

größer Spannung der Versammelten seine bisherigen Beziehungen zur politischen Polizei. Durch einen Auftrag zum Besuch einer Metallarbeiter-Versammlung in den Germania-Sälen habe er sich im Herbst bekanntlich eine Anklage und Strafe zugezogen. Bald darauf sei im Auftrag des Polizei-Kommissars Höwer ein Herr zu ihm gekommen, der sich über dieß und jenes erkundigte und ihn schließlich als Polizei-Agent anzuwerben suchte. Seinem Sträuben begegnete er mit der Ausrufung: „der beste Idealismus ist doch der in der Tasche“ und einen Nebenverdienst von 60-75 Mark monatlich würde er in seinen schlechten Verhältnissen doch ganz gut brauchen können. Nur um einen Einblick in das Getriebe der politischen Polizei zu erhalten, sei er endlich darauf eingegangen, Polizeispion zu werden. Die erste Zusammenkunft habe darauf am 25. November, Abends 8 Uhr, im Schulteis-Kaufhaus, Rosenthalerstraße, stattgefunden. Hier sei der Herr, der seinen Namen verschwiegen, mit dem Verlangen an ihn herantreten, er möge näheres über die im 6. Kreis bestehenden anarchistischen Gruppen zu erfahren suchen und zu diesem Zweck in dieselben eindringen. Auf seine Einwendung, daß deren Existenz ihm unbekannt sei, habe er ihm den Maurer Schwabe, Rodrian und einen dritten als „Männer der That“ genannt, denen er sich nähern müßte. Er gebe ihm acht Tage Bedenkzeit. Am 5. Dezember, Abends 8 Uhr, traf er wieder mit genanntem Herrn auf vorherige Einladung in einem Lokal an der Ecke der Friedrich- und Behrenstraße zusammen, und erfuhr, daß er den Italiener Merlini mit observiren soll. Der Polizei war bekannt, daß dieser auf vier verschiedenen Postämtern seine Briefe logern ließ, die er gewöhnlich nach Kenntnisaufnahme des Inhalts zerriß. Seine (des Redners) Aufgabe sollte es mit sein, die achtslos weggeworfenen Briefe wieder zusammen zu lesen. Hierfür wurden ihm 50 M. Monatsgehalt, welches sich aber noch bedeutend steigern sollte, in Aussicht gestellt. Am 4. und 6. Januar sei er dann im Sedan-Panorama und am 8. Januar im Thiergarten mit 7-8 zusammen gekommen und schließlich an dem Tage dem Polizeikommissar Höwer vorgeführt worden. Inzwischen habe er auch schon Vorbereitungen zur Einberufung einer Arbeitslosen-Versammlung getroffen. Am 11. Januar rief ihn ein Brief nach der Französischen- und Charlottenstraßen-Ecke, dort sollte er weiteren Auftrag erhalten. Als er eintraf, holte Lorenz den Kommissar Höwer aus einer Kneipe. Er habe Höwer mitgetheilt, daß er und Rodrian bereits die Einberufung einer Arbeitslosenversammlung in die Hand genommen hätten. Das Gend seiner Genossen ginge ihm aber nahe, es müßte etwas dagegen geschehen. Höwer habe ihm verboten, die Einberufung selbst in die Hand zu nehmen; er solle das Anderen überlassen, aber nichts merken lassen. Ueberhaupt möge er der Versammlung lieber fern bleiben, da es ohne Zeichen kaum abgehen werde (Sensation.) Er habe aber erklärt, daß er doch hingehe. „Nun, dann mache ich Sie und Rodrian verantwortlich für die Leichen, die es dort geben könnte“, lautete die Entgegnung des Kommissars Höwer. Nachdem es nun doch beinahe zum blutigen Zusammenstoß gekommen sei, habe er Neue empfunnen und den Höder, der ihn mit der Polizei verband, durchschnitten. Für seine staatsverrätherische Thätigkeit will er einmal 20 und einmal 75 M. im ganzen 95 M. erhalten haben, über deren Verwendung er in späterer Zeit Rechenschaft ablegen werde. — Berner richtete nunmehr die Frage an Brandt, ob der Polizeikommissar Höwer seine Vorbereitungen so getroffen habe, daß es am 18. Januar hätte Leichen geben können? Brandt beantwortete diese Frage dahin, daß Höwer geäußert hätte, es seien Vorbereitungen getroffen, die eine Wiederholung der Februar-Krawalle 1892 unter allen Umständen verhindern sollen. Die Erbitterung sei auf beiden Seiten aufs höchste gestiegen. Auch ihre Leute (die Arbeitslosen) werden Waffen bei sich führen. Ihre Revolver werden besser schießen, wie die unsrigen und so wird es jedenfalls viele Leichen geben. (Erregung.) Monteur Pawlowitsch erzählt einige Anekdoten, die er am 18. Januar mit angesehen, und äußerte: Sollten sich diese Vorgänge wiederholen und Ihr, Genossen, wieder mit Gummischläuchen angefaßt werden, dann seht Euch zur Wehr und schlagt sie nieder, dadurch macht Ihr Euch keinen Widerstand gegen die Staatsgewalt schuldig, denn diese sind keine Beamten! Hier erhob sich der überwachende Polizeibeamte und erklärte die Versammlung für aufgelöst. Mit lauter Stimme rief der Vorsitzende den Versammelten zu, beim Verlassen des Lokals die größte Ruhe zu bewahren. Diesem Erfuchen wurde Folge gegeben. Als der Hauptstrom der Menge das Königsthor erreichte, wurden die Gruppen von einzelnen „Berittenen“ längs der Neuen Königstraße, der Friedenstraße u. u., diesmal aber in mäßigem Tempo begleitet, so daß ein Auseinandergehen in Ruhe möglich war.

Der sozialdemokratische Wahlverein des 5. Wahlkreises tagte am 23. Januar im Grand Hotel Alexanderplatz. Aus dem Bericht des Kassirers Schulz ist zu entnehmen, daß der Bestand vom vorigen Quartal 275,87 M. beträgt; die Einnahme 139,36 M., die Ausgabe 95,02 M., somit beläuft sich der jetzige Kassenbestand auf 301,70 M. Hierauf referirt der Reichstags-Abgeordnete Brühne in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über: „Die wirtschaftliche und politische Lage.“ Die soeben beendete Debatte über den Nothstand, die den Reichstag zwei Tage beschäftigt hatte, gehörte eigentlich auch in den preussischen Landtag, aber infolge seiner Zusammensetzung bleibt dieses Junkerparlament von derartigen „peinlichen“ Debatten verschont. Die Behauptung des Herrn v. Bötticher im Reichstage, daß die Schuhwaren-Industrie sich in aufsteigender Tendenz befinde, muß stark bezweifelt werden; die kleine Befahrung in der Textil-Industrie wäre nicht eingetreten, wenn der rumänische Handelsvertrag, wie das die Junkerparteien so lebhaft wünschten, vom Reichstage abgelehnt wäre. Auch an der Zunahme der Armenlasten, die besonders in den Großstädten augenfällig in Erscheinung tritt, läßt sich ein Schluss auf die Verelendung der Masse ziehen. Wie die Sozialdemokraten voraussetzten, sind es zum großen Theil die Kleinwerbtreibenden, welche, da sie der Versicherungspflicht nicht unterstellt sind, die öffentliche Unterstützung bedeutend in Anspruch nehmen. Die wachsende Noth legt sich derart lähmend auf die Krankenkassen, daß es bald unmöglich sein wird, den gesetzlich vorgeschriebenen Reservesfonds aufzubringen. Die Behörden legen bezeichnender Weise gar kein so großes Gewicht mehr auf die strikte Durchführung dieser Vorschrift, weil sie wissen, daß, nachdem die Kassen fallirt, die Gemeinden Zuschüsse für die Gemeindeversicherung leisten müßten. Ebenso wie die Krankenkassenversicherung ist auch die Unfallversicherung mit ihrem schwerfälligen Apparat und die Altersversicherung, wo fast ein Viertel für die Verwaltung verbraucht wird, im Wesentlichen nur geeignet, für die Unteroffiziere, deren Zahl die neue Militärvorlage um ca. 10 000 vermehrt hat, Stellungen zu schaffen. — Die politische Lage bietet ein trübseliges Bild. So schnell der Reichstag die Militärvorlage bewilligt hat, so langsam geht es bei der Kostendeckung gesunden ist. Das Steuerbudget des früheren Oberbürgermeisters ist allerdings böse gerathen, aber durch die Arbeit hinter den Kulissen wird am Ende noch manches aus den Mehrheitsparteien für die Vorlagen in veränderter Gestalt gewonnen werden. Es ist fast ausgeschlossen, daß die Regierung bei der jetzigen Erregung im Volke den Reichstag auflösen wird; sollte Graf Caprivi jedoch ein Tanzen wagen wollen, die Sozialdemokratie ist bereit. (Beifälliger Beifall.) Eine Resolution, im

Sinne des Referats gehalten, fand einstimmige Annahme. Beim Punkt „Verschiedenes“ nahm der Schneider Wessoly das Wort und machte der Versammlung, die mit ihrer Entrüstung nicht zurückbleibt, Mitteilung von den Schilderungen, wie sie von dem Metallarbeiter Brandt in der Volksversammlung in der Brauerei Friedrichshain gegeben waren. Der Redner wurde, als er geendet, sofort verhaftet. — Der Vorsitzende Müller protestierte gegen dieses unmotivirte Vorgehen der Polizei und ermahnte die Anwesenden zur Ruhe. Horwich erwähnt, daß der Metallarbeiter Schewe sich kaum der Lebenswürdigkeiten gewisser Leute erwehren konnte, die ihm 3—400 Mark Monatsgehalt in Aussicht stellten, der aber trotzdem der Verführung widerstand. Nachdem noch Genosse Frühne die Genossen ermahnt, gegenüber allen Provokationen auf der Hut zu sein, wird die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Eine gutbesuchte öffentliche Versammlung der politischen Sozialdemokraten fand am Sonntag, den 21. d. M. statt, in der Genosse Hellwig einen ca. 1/2stündigen Vortrag über „Der wissenschaftliche und utopistische Sozialismus“ hielt. Redner führte klar vor Augen das Wesen des wissenschaftlichen Sozialismus, als dessen hervorragendste Vertreter er Karl Marx, Friedrich Engels, Kautsky und Bebel bezeichnete, durch deren Wirken der Sozialismus solche Bedeutung erhalten habe. Daß der wissenschaftliche Sozialismus von dem utopistischen sich vortheilhaft unterscheidet, beweist unser Programm, um mit Marx zu sprechen: „Wir entwickeln der Welt aus den Prinzipien neue Prinzipien.“ Ferner übte der Redner an den Vorgängen im Friedrichshain und dem Vorgehen der Polizei eine eingehende Kritik. Die Genossen Kempowski und Wiedowinowicz ergänzten die letzteren Ausführungen. Zum Schluß wurde eine Protestresolution gegen das Benehmen der Polizei einstimmig angenommen.

Die Arbeitnehmer-Beisitzer des Berliner Gewerbegerichts hielten am 22. Januar eine allgemeine Versammlung ab. Bevor in die eigentliche Tagesordnung eingetreten wurde, theilte der Vorsitzende mit, daß alle Besuche des Ausschusses, den ehemaligen Vorsitzenden Assessor Dr. Freund zur Veranstaltung von Plenarsitzungen der Beisitzenden und Kammerpräsidenten zu bewegen — zwecks Herbeiführung einheitlich-prinzipieller Urtheile — vergeblich gewesen seien. Das Verlangen danach sei damit beantwortet worden, die Vorsitzenden würden unter sich über die widersprechenden Urtheile des Gerichts verhandeln, um eine möglichst einheitliche Rechtsprechung anzubahnen. Sollte sich herausstellen, daß der Ausschuss (richtiger: die Arbeitnehmer des Ausschusses) mit dem Antrage auf Plenarsitzungen bei dem neuen Vorsitzenden, Assessor v. Schulz, mehr Gegenliebe finden würde, dann würde er denselben wieder einbringen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Verschiedene Entscheidungen“, nahm hierauf ein anderes Ausschussmitglied das Wort. Redner besprach einzelne in den letzten Monaten gefällte Urtheile und angewandte Praktiken, mit denen er sich zum Theil nicht einverstanden erklärte. Zunächst wandte er sich gegen die neuerdings von den vorstehenden Magistrats-Assessoren geübte Stellungnahme zu Entschädigungsansprüchen, welche aus dem Einhalten von Kassenbuch und Alters- und Invaliditätskarte erwachsen. Er theilte, führte er aus, nicht die Ansicht derselben, solche Ansprüche erwachsen nicht aus dem Arbeitsverhältnis und zu ihrer Abweisung oder Anerkennung sei deshalb das Amtsgericht, aber nicht das Gewerbegericht kompetent. Diese Anschauung sei leider infolge ihrer Anerkennung durch die Arbeitgeber-Beisitzer vielfach in den letzten Monaten in Entscheidungen zum Durchbruch gekommen, indem die betreffenden Kläger ab- und an das ordentliche Gericht verwiesen wurden. Buch und Karte würden jedoch beim Arbeitsantritt vom Arbeitgeber verlangt, ohne sie nehme kein Unternehmer einen Arbeiter an. Unter diesen Umständen sei es wohl richtiger, Entschädigungsansprüche aus den genannten Ursachen als aus dem Arbeitsverhältnis herabgegangenen anzuerkennen, wodurch ihre Geltendmachung beim Gewerbegericht ermöglicht werde. — Redner empfahl dann den versammelten Beisitzern, in einschlägigen Fällen streng darauf zu halten, daß mit Buchstaben und Rechnungen abgespeisten Klägern der Lohn in Saar auf ihren Antrag zuerkannt werde. Ja dies auch in den meisten Fällen mit Bezugnahme auf die §§ 115 und 116 der Gewerbe-Ordnung geschehen, so sei doch auch das Gegentheil vorgekommen.

Was die Krankheit als Entlassungsgrund (Unfähigkeit zur Arbeit) betreffe, so wäre fröhe eine Entscheidung der Kammer VIII festzuhalten, nach welcher die Entlassung rechtzeitig — beim Verlassen der Arbeitsstätte oder doch wenigstens während der Krankheit des Betroffenen, bald nach Beginn der Krankheit — und klar ausgesprochen werden müsse, um gerechtfertigt zu sein.

Das Gericht sei unter anderem dem Mißstande des Aussehens in anerkennenswerther Weise näher getreten und habe den Klägern günstige Urtheile gefällt, wenn dieselben Zeit bezahlt verlangten, in der sie „aussetzen“ und sich dem Beklagten zur Verfügung hielten. Aufgabe der Beisitzer werde es sein, in ihren Gewerkschaften gegen die „Aussetzung“ zu Felde zu ziehen, insofern sie ungerechtfertigt ist.

Einer weiteren Verbreitung wie bisher bedürfe die Kenntnis des § 52 des Gewerbegerichts-Gesetzes, der besage, der obliegenden Partei könne auf vor der Urtheilsfällung gestellten Antrag eine Entschädigung für die durch die Wahrnehmung des oder der Termine entstandene Zeitverlängerung zugesprochen werden. Die meisten Kläger forderten diese Gebühr nicht. Die Beisitzer der Kammer I und II gehe besonders eine Entscheidung an, durch die eine Klägerin abgewiesen wurde, weil sie als Dienstmädchen gemietet und angemeldet war. Das Mädchen sei mit der bewußten Absicht engagirt worden, als Näherin ausgebildet und vornehmlich beschäftigt zu werden. Wo in Zukunft die Verhandlung ergebe, daß die Hauptthätigkeit eines solchen Dienstmädchens in industrieller Thätigkeit bestehe, wäre es Pflicht der Arbeitgeber, dahin zu wirken, daß derartige Klägerinnen als Gewerbegehilfinnen betrachtet werden und somit die Vortheile des Gewerbegerichts ihnen zu gute kommen. — Redner hält die Praxis einiger Vorsitzenden, als Sachverständige Beisitzer zu berufen, für angebracht. Er wünscht, daß die Beisitzer selbst sich zur Verfügung stellen möchten. Zum Schluß besprach er, der Gewerkschafts-Pressen wichtige Entscheidungen zugänglich zu machen.

Eine längere Debatte folgte diesen Ausführungen. Allgemein verurtheilt wurde das Bestreben einiger Assessoren, die Klagen mehrerer Arbeiter gegen einen Arbeitgeber zu verbinden. Dadurch werde dem Beklagten im Falle seiner Verurtheilung oft die Möglichkeit der Verzinsung gegeben, während er sie sonst der Höhe des Objectes wegen, nicht gehabt hätte. Dem armen Arbeiter sei dadurch der Rußriß des eingeklagten Geldes auf lange Zeit vorenthalten. Jedem Arbeiter sei aus diesem Grunde zu rathen, stets in besonderer Lage seine vermeintlichen Rechtsansprüche geltend zu machen und im Termin darauf zu dringen, daß seine Sache nicht mit einer anderen, zufällig zu gleicher Zeit gegen denselben Unternehmer schwebenden verbunden wird. Ausschussmitglieder äußerten den dringenden Wunsch, die Beisitzer sollten häufiger in ihren Gewerkschaften bzw. öffentlichen Versammlungen ihrer Berufs-genossen über die Thätigkeit des Gerichts Bericht erstatten. Die Gewerkschaften wären ihrer Meinung nach dann aufzuordern, sich bei der Absicht, zu klagen, zuvor an die Beisitzer aus ihrem Beruf oder auch an das Bureau der Gewerkschafts-Kommission, Rosenstr. 28, I, um Rath zu wenden. Mehrere Redner sprachen sich energisch gegen das übertriebene Vergleicheschneiden einzelner Kammerpräsidenten aus. Ein Beisitzer der Kammer VI bemerkte hierzu bezugnehmend, er habe nicht gefunden, daß durch die Vergleiche des Assessors Leo die Kläger zu Schaden gekommen seien. Meistens erhielten dieselben durch einen Vergleich wenigstens etwas, wäh-

rend sie voraussichtlich abgewiesen worden wären, wenn sie sich nicht verglichen. — Ein weiterer Redner stellte fest, daß das Gewerbegericht immer noch nicht den ihm an der Wiege prophezeiten Vortheil besitze, schneller zu arbeiten wie ein anderes Gericht. Ein Kollege habe im Dezember 1898 die Klage eingereicht und Anfang Januar die Vorladung zum 23. Februar erhalten. Diefem Uebelstande sei an maßgebender Stelle entgegenzuwirken.

Hierauf berichtete ein dem Ausschuss angehörender Beisitzer über den bisherigen Verlauf der Ausschuss-Verhandlungen über folgenden, von den Arbeitnehmern des Ausschusses eingebrachten Antrag:

Der Ausschuss möge beim Magistrat die Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes beantragen, welches außer der losen Arbeitsvermittlung für gewerbliche und kaufmännische Arbeiter beiderlei Geschlechts, Diensthöfen und Lehrlinge, die Auffstellung von Staatskassen über Lohnverhältnisse, Arbeitslosigkeit, Lehrlingswesen etc. zu übernehmen hat.

Bei der Errichtung ist unbedingt daran festzuhalten, daß die Arbeitsvermittlung durch Personen zu geschehen hat, welche das Vertrauen der Arbeiter resp. Arbeiterinnen genießen und von den betreffenden Industrie- resp. Gewerbegruppen in öffentlichen Versammlungen zu wählen und von der Stadt anzustellen sind.

Aus dem erstatteten Bericht ist hervorzuheben, daß der Antrag heftige Angriffe seitens der von den Gegnern gewählten Arbeitgeber im Ausschuss erlitten hat. Dieselben hoben für den Fall seiner Annahme eine Tyranisirung der Berliner Arbeiter, welche Arbeit suchen, zu gunsten des sozialdemokratischen Parteiwesens in Aussicht gestellt und sich schroff ablehnend dem Antrage gegenüber verhalten. Vor allem wünschten sie den Arbeiternachweis nicht in der Verwaltung von Arbeitern zu sehen und — vom Unternehmerstandpunkt sehr begreiflich! — sein rubiges Fortfunktionieren während der Dauer etwaiger Streiks. Mit anderen Worten: der städtische Nachweis soll eventuell tüchtig Streikbrecher vermitteln! Die Versammelten bevollmächtigten ihre Vertreter im Ausschuss, in Sachen des Nachweises an ihrem Antrage beziehungsweise dem ihm zu Grunde liegenden Gedanken festzuhalten. Am Freitag dieser Woche findet zur weiteren Verhandlung desselben eine Ausschussungung statt, auf welche sich diese Vollmacht bezieht. — Folgender Antrag wurde dann noch einstimmig angenommen:

Die Versammlung beauftragt ihr Bureau, in geeigneter Weise den Reichstag und die Regierung aufzufordern, schleunigst ein Gesetz zu schaffen, das all und jede private, gewerbsmäßige, gegen Bezahlung erfolgende Vermittlung von Arbeitsgelegenheit, durch Kommissionäre, Sprechmeister u. dgl. strengstens verbietet, um dadurch die Einrichtung von öffentlichen, das Gemeinwohl fördernden Arbeitsnachweisen zu ermöglichen.

Der Antrag soll vorerst dem Ausschuss unterbreitet werden.

Der Verein deutscher Schuhmacher (Filiale I) hielt am 15. Januar eine Versammlung ab, in der Genosse Räther über das Thema referirte: „Was können wir in der Gewerkschaftsbewegung erreichen?“ Der Redner verstand es, den Anwesenden in lebhafter, klarer Weise eine Schilderung der Ziele und Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung zu geben. Unter Vereinsangelegenheiten wurde dem Antrag eines Kollegen zugestimmt, der bewirkt, alle Vierteljahre eine kombinierte Versammlung der drei Filialen einzuberufen. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten und des Fragekastens schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der allgemeine Verein der Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands (Filiale Berlin) tagte am 21. Januar. Die den Mitgliedern gegebene Abrechnung vom vierten Quartal weist eine Einnahme von 823,76 M. auf. Die Abrechnung vom Januar bis zum 1. d. M. ergibt eine Einnahme von 2287,80 M. und eine Ausgabe von 2576,20 M.; mithin ein Ueberschreiten der Einnahmen von 288,40 M. Zur Tilgung dieser Schuld hat der Filialvorstand im Einverständnis mit dem Vertrauensmann 300 M. geliehen. Im allgemeinen kann der Ausgang des Streiks als ein zufriedenstellender bezeichnet werden. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die Differenz mit dem Töpfermeister W. Haaf, Schöneberg, verhandelt und den Kollegen der Rath erteilt, den Klageweg zu beschreiten. Von einer Sperre der Firma wurde Abstand genommen, da Herr Haaf dem Vorstand das Versprechen gegeben hat, in Zukunft den Lohnzahlungs zu bezahlen. Hierauf gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die im Arbeitsnachweis eingeschriebenen Kollegen sind als gestrichen zu betrachten, wenn sie sich nicht jede Woche einmal gemeldet haben. Dem Wunsch, die Zahlstellen zu veröffentlichen, sei hiermit nachgegeben. Es werden jeden Sonnabend Beiträge entgegengenommen in der Haupt-Zahlstelle bei Wernau, Rosenstraße; für Moabit bei Rieger, Perleberger- und Havelbergerstraße-Ecke; für den Osten und Friedrichsberg bei Wöhl, Frankfurter-Allee 74, und des Sonntags Vormittags in Weissensee bei Helling, Langhansstraße 106.

Der Verein der Zimmerer hielt am 21. Januar seine erste Generalversammlung ab, in der die Abrechnung für die Zeit seit Bestehen des Vereins vom Kassirer König vorgelesen wurde. Die Einnahme betrug vom August bis Ende Dezember 1898 568,80 M., die Ausgabe 288,45 M., bleibt ein Bestand von 275,15 M. In Vereinsangelegenheiten gelangte folgender Antrag einstimmig zur Annahme: In anbetraht der Agitation für den Verein wird gewünscht, daß die Mitglieder es für ihre Pflicht halten, möglichst zu agitiren. Ein gutes Mittel dazu bietet sich, wenn die organisirten Zimmerer sich verpflichten, ihr Mitgliedsbuch stets bei sich zu haben, bei Begegnung mit Kameraden nach dem Buch zu fragen, damit wird bewirkt, daß die Indifferenten stets auf die Organisation hingewiesen werden. Hierauf nahm die Versammlung die Wahl des Kassirers vor. Mit dem Amt wurde Zimmerer beauftragt, ferner wurde den Mitgliedern zur Pflicht gemacht, beim Wohnungswechsel ihre Adresse möglichst bald bei dem Bezirkskassirer zu melden. Nach Erledigung dieser Angelegenheiten hielt Genosse Hoffmann einen Vortrag über das Thema: „Wann beginnt die Revolution?“ Reicher Beifall lohnte den Redner. Im Verschiedenen wurde ein drohender Fall bekannt gegeben. In der Passauerstraße hat ein Zimmermeister gegen seine Gefellen das recht so beliebte Instrument, den Gummischlauch in Anwendung gebracht, bezeichnend genug, wie weit es in unserem Gewerbe schon gekommen ist. Zum Schluß wurde bekannt gemacht, daß Sonntag, den 28. Januar, eine öffentliche Versammlung in der Beuthstraße 22, 1 Tr., bei Nordert, stattfindet.

Eine Arbeitslosen-Versammlung tagte in Schöneberg am 23. Januar im großen Saale der Schlossbrauerei und war ebenso wie die in voriger Woche abgehaltene Versammlung sehr gut besucht. Nachdem Kriminalbeamte, die im Saale zugegen sein sollten, aufgefordert waren, das Lokal zu verlassen, begann Genosse Antrich das Referat. Bevor derselbe jedoch auf die Ursachen der Arbeitslosigkeit einging, kritisirte er die in voriger Woche von dem Polizeibeamten vorgenommenen Auslösung, deren Ineffizienz er unter Hinweis auf eine verwaltungsgerichtliche Entscheidung bestritt. Redner nahm außerdem Gelegenheit, seine Verwunderung über das große Polizei-Ausgebot anzudeuten, welches man wieder in Häusern der Nachbarschaft und auf den Straßen bis hinein nach der Potsdamerstraße von Berlin bemerkte. Vergewaltigte man sich die Vorgänge vom vorigen Donnerstag in Berlin, so könne man ein gewisses Mißtrauen gegen die Polizei nicht unterdrücken. Die Arbeiterschaft solle daher auf ihrer Hut sein und sich von keiner Seite und durch nichts zu unbesonnenen Schritten verleiten lassen. Auf die Arbeitslosigkeit eingehend, verweist der Referent darauf, wie sich die Kommunen und Regierungsorgane in anderen Ländern, wie Frankreich, England, Nordamerika, dem auch dort herrschenden Nothstande gegenüber verhalten; wie da beträchtliche Summen zur Unter-

stützung und Arbeitsbeschaffung für die Arbeitslosen, dort in Staatsbetrieben der Reichslandtag gewährt wird, Dinge, die wenigstens den ersten Willen zur Hebung des Nothstandes erkennen lassen. Von solchen Maßnahmen hört man bei uns in Deutschland im Allgemeinen ebenso wenig wie speziell in der Reichshauptstadt Berlin. Bei uns verfahren die Behörden anders. Die preussische Eisenbahnverwaltung z. B. hat ihren Angestellten mittheilen lassen, daß zu Unterstützungen, wie sie in früheren Wintern Noth leidenden Unterbeamten z. gezahlt wurden, in diesem Winter kein Geld vorhanden sei. Der preussische Finanzminister hat ferner bei Vorlegung des Etats von 18 Millionen Ersparnisse gemeldet, die in verschiedenen Staatsbetrieben etc., namentlich im Eisenbahnbetrieb gemacht sind. Diese Ersparnisse rühren zum guten Theile von den außerordentlich geringen Löhnen her, die den Arbeitern gezahlt werden, mit anderen Worten sie rühren her von dem Elend der Arbeiter. Während der harten Kälte sind in Berlin an einem Tage allein sechs oder sieben Personen auf der Straße erfroren. Die Färmehalten, die in Stadtbahnhöfen untergebracht sind, reichen eben nicht aus für alle Nothleidenden. Der Eisenbahnminister hat nun dem Wohltätigkeitsverein, welcher die Hallen hergerichtet hat, die Miete für dieselben gesteigert. Solcher Handlungsweise gegenüber spricht Redner unsere Forderungen, wie sie im Berliner rothen Hause und anderswo wiederholt formulirt worden sind, aus und giebt der Versammlung ein Bild von den Ausreden und schwächlichen Einwendungenversuchen, welche der Staatssekretär v. Bötticher auf die Nothstands-Interpellation Liebknecht's im Reichstage gemacht hat. Nachdem Genosse Antrich hieran geistigt hatte, daß die Arbeiter von der gegenwärtigen Gesellschaft nichts zu erwarten haben, forderte er die Anwesenden auf, sich zu organisiren, um durch eigene Macht zu erringen, was die herrschende Klasse ihnen vorenthalte. Die Versammlung stimmte diesen Ausführungen mit hellem Beifall zu, und die Redner, welche zur Diskussion das Wort nahmen, sprachen sich durchweg im Sinne des Referenten aus und gaben deutlich ihren Unwillen über die Unthätigkeit der Behörden gegenüber der Sachlage zu erkennen. In der Versammlung gelangte darauf die von den fünf Berliner Arbeitslosen-Versammlungen angenommene Resolution einstimmig zur Annahme.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Schöneberg und Umgebung hielt am 22. Januar seine Generalversammlung im Saale der Schlossbrauerei ab. Das Andenken des verstorbenen Genossen Freyer wurde durch Erheben von den Sihen geehrt. Dann gab der Vorsitzende Genosse Worwardt einen Ueberblick über das verfloßene Jahr. Bis zum 21. August wurden einmal monatlich und vom 21. August nach Beschluß der Versammlung zweimal monatlich Vereinsversammlungen abgehalten. Den Kassenbericht erstattete Genosse Hoffmann. Einnahme 269,91 Mark, Ausgaben 111,25 Mark, Bestand 158,66 Mark. Nachdem die Revisoren erklärt hatten, die Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. In der Diskussion wurde allseitig betont, daß die Abhaltung von zwei Vereinsversammlungen monatlich, mit Vorherbestimmung der Referenten und der Thematika aus der Mitte der Versammlung, sich vortreflich bewährt habe; der Versammlungsbesuch sei bedeutend stärker geworden, die Diskussion reger und die Referate seien durchweg befriedigend ausgefallen. Der Umstand, daß es nicht mehr notwendig ist, Referenten gegen Bezahlung zu verschaffen, hat überdem dazu beigetragen, daß der Verein über beträchtliche Ueberschüsse verfügt. Es wurde beschlossen, von den Ueberschüssen 70 M. dem Schöneberger Vertrauensmann zu Agitationszwecken zu überweisen und 30 M. zur Vergrößerung der Vereinsbibliothek zu verwenden.

Genosse Ledebour brachte in Anregung, der Verein möge künftig größere Summen zur Verordnungsabgabe der Bibliothek bewilligen und der Vorstand vierteljährlich besondere Bibliothekbesichtigungen unter Zuziehung Sachverständiger zusammenberufen, um durch Feststellung einer Liste anzuanschaffender Bücher eine zweckentsprechende Vergrößerung der Bibliothek anzubahnen. Auch von den Genossen Schubert, Eichhorn und Köster wurde die Nothwendigkeit, durch möglichst Verbesserung der Bibliothek dem Bildungsbedürfnis der Mitglieder entgegen zu kommen, ansdrücklich betont. Die Vorstandswahl ergab die Genossen Meiling, erster Vorsitzender, Zunker, zweiter Vorsitzender, Seidel und Putny, Schriftführer, Hoffmann und Pommerente, Kassirer, Schubert und Holzgitter, Bibliothekare, Kuhmey, Köster und Krause, Revisoren. Als Thema für die nächste Vereinsversammlung am 5. Februar wurde die Frage der Arbeitslosigkeit mit Seidel als Referenten festgesetzt.

Rigdorf. Der Verein der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter hielt am 21. d. M. eine Mitgliedserversammlung ab. Die Versammlung vollzog zunächst die Wahl des Schriftführers und wurde Kollege Heinemann mit diesem Amt betraut. Hierauf gelangte ein Schreiben zur Verlesung betreffend eine Angelegenheit des Fachorgans. Sodann erfolgte die Wahl der Fachkommission. Zum Schluß wurden die Mitglieder ersucht, das Vereinslokal des Sonntags recht rege zu besuchen.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie macht sich aber gleichfalls dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

Erklärung. Laut Bericht des „Vorwärts“, zweite Beilage vom Sonntag, den 21. d. M., verließ der Buchdrucker Massini in der Versammlung der Delegirten der Gewerkschaftskommission eine Erklärung, durch welche er unter Ausföhrung eines riesigen Zahlenmaterials den Beweis liefern will, daß der Buchdruckerverband die beste Kampf-pardon ich wollte sagen Zentral-Organisation ist, was meinerseits überhaupt noch nicht bestritten worden ist. Will also der Buchdrucker Massini durchaus mit meiner Person anbinden, dann muß er es schon anders anstellen. Ferner bemächtigt sich Herr Massini, der Psi-filus, nach echt staatsanwaltschaftlicher Weise einer Ausrufung, welche ich in einer Versammlung gethan haben soll, ohne nach dem ganzen Zusammenhang meiner Rede sich zu erkundigen, und sucht nun diese heranzgeriffene und entstellte Bemerkung für sich auszufächeln. (Leider muß ich hier bemerken, daß die Berichterhaltung aus dieser Versammlung, sowie aus der am 18. d. M. in den Arminhallen eine sehr mangelhafte war.) Nun, Herr Massini, auf solche Mache lasse ich mich nicht ein, dazu ist mir der Raum des „Vorwärts“ zu schade. Suchen Sie einen anderen passenderen Ort. Zurückzunehmen habe ich nichts und werde auch nichts zurücknehmen. Zum Schluß will ich Ihnen noch bemerken, daß ich noch nie ein „Führer“ meiner Gewerkschaft war, denn ich war stets der Meinung, wo „Führer“ sind, da sind auch „Gefolgsführer“, und ein derartiges Verhältniß kann nie unter den Berliner Mauern platzgreifen. Also, Herr Massini, wenn Sie es verlangen, sehen wir uns wieder, aber bitte, einen anderen Ort, denn der Raum des „Vorwärts“ wäre dazu zu schade. G. Blaurack, Maurer.

Eingelaufene Druckschriften. Aus dem Tagebuch eines Unbedeutenden. Skizzen von Georg Strinhausen. Leipzig, Verlag von H. Reclam jun. Archibald Naimison. Roman von J. Hawthorne. Uebersetzt von Marischer Müller. Leipzig, Verlag von H. Reclam jun. Poppenrath's Erben. Volkslied mit Gesang in 5 Akten von Heinrich Witten. Musik von Gustav Michaelis. Leipzig, Verlag von H. Reclam jun.